



Das
Bundesarchiv

Die Stasi und das Saarland









EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT



Konstanze Soch (Hg.)

Die Stasi und das Saarland

Inhalt

Einleitung	4
Freundschaft unter Kontrolle?	6
 Unterzeichnung der städtepartnerschaftlichen Kooperationsverträge zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt	9
  Stasi-Beobachtungsberichte über die Homburger Delegation in der DDR	12
 Demonstration gegen die städtepartnerschaftliche Vertragsunterzeichnung Neunkirchen-Lübben	14
 Stasi-Bericht über die Überwachung des Lübbener Bürgermeisters	15
 Stasi-Observation des Neunkirchner Oberbürgermeisters in der DDR	16
 Stasi-Kontrolle der privaten Post des Neunkirchner Oberbürgermeisters	18
1987 – Erich Honeckers Besuch im Saarland	19
 Stasi-Ermittlung in St. Ingbert gegen einen Drohbriefschreiber	22
 Stasi-Bericht zu einer Morddrohung gegen Erich Honecker im Operativen Vorgang „Saar“	24
 Stasi-Berichterstattung über Protestaktionen gegen den Honecker-Besuch	26
 Begrüßung Erich Honeckers in Wiebelskirchen	29
 <i>Dokument</i>	
 <i>Foto</i>	

 Die Überwachung der Universität des Saarlandes	32
 Stasi-Dienstanweisung zur Überwachung von westdeutschen Universitäten und Hochschulen	33
 Stasi-Bericht zur Überwachung Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität des Saarlands	36
 Stasi-Bericht über ein Treffen mit dem IM „Pfleger“	37
 Informationsauftrag der Stasi-Auslandsspionage an IM „Pfleger“ über die Universität des Saarlands	39
 1987 – Zwischen Annäherung und Abgrenzung	41
 Stasi-Bericht über die Saarmesse 1985	44
 Stasi-Skizze über einen saarländischen Messestand auf der Leipziger Messe	46
  Stasi-Information über eine Monteurs-Unterkunft in Saarlouis	48
 Negative der ausspionierten Geschäftsunterlagen der Firma Saarberg-Hölter	50
 Anhang	52
Autorinnenverzeichnis	52
Abkürzungsverzeichnis	53
Das Stasi-Unterlagen-Archiv	54
Dokumentenhefte	58
Anmerkungen	60

Einleitung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte Deutschland eine tiefgreifende Spaltung, die nicht nur politisch und ideologisch, sondern auch regional deutlich spürbar war. Während sich die beiden deutschen Staaten – die Bundesrepublik im Westen und die DDR im Osten – als getrennte politische Systeme etablierten, bildete die Region des heutigen Saarlandes einen Sonderfall.

Aufgrund der französischen Besatzung und eines eigenen politischen Status war das Saarland zunächst nicht in das westdeutsche System integriert. Dies erschwerte den Austausch mit den beiden deutschen Teilen. Dennoch blieb das kulturelle Erbe des Saarlands untrennbar mit dem deutschen Sprach- und Kulturraum verbunden. Private und informelle Kontakte blieben bestehen, wenngleich sie in einem politisch angespannten Umfeld stattfanden.

Im Jahr 1957 erfolgte die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik. Diese war nicht nur politisch und administrativ von Bedeutung, sondern veränderte auch das Selbstverständnis und den Blick auf die deutsch-deutsche Teilung. Das Saarland hatte den Übergang vom französisch verwalteten Gebiet zur Integration in die Bundesrepublik erfolgreich gemeistert.

Die Teilung Deutschlands hatte zu komplizierten Beziehungsgeflechten über Mauer und Grenzen hinweg geführt. Mit dem Abschluss des Grundlagenvertrags im Jahr 1972 entstanden erste – wenn auch vorsichtige – zwischenstaatliche Beziehungen zwischen formal gleichberechtigten

Partnern. Die Bundesrepublik sah die Annäherung einerseits als Chance für einen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Andererseits sah sie die Gefahr, dass die Kontakte von der DDR instrumentalisiert werden könnten, um den ostdeutschen Staat als international anerkannten Partner zu propagieren.

Die DDR versuchte durch den Grundlagenvertrag, ihre außenpolitische Anerkennung und ökonomischen Interessen zu stärken. Besonders im Bereich der westdeutschen Wirtschaft zielte die Stasi darauf ab, die neuesten technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Blick zu behalten. Diese Informationen waren für die DDR-Planwirtschaft von erheblichem Interesse. Gleichzeitig fürchtete die Stasi, dass es im Rahmen von geschäftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zum Verrat von Staatsgeheimnissen und zu Korruption kommen könnte. Mehr als einmal waren die Saarbergwerke und die Saarmesse Ziel der Überwachung.

Auch die Universitäten der Bundesrepublik rückten zunehmend ins Fadenkreuz der Stasi, darunter die Universität des Saarlandes. Das MfS sah in den Hochschulen „Hauptobjekte des Feindes“. Sie seien ein Sammelpunkt für zukünftige Eliten der Bundesrepublik, die dort im Sinne der „westlich-kapitalistischen“ Ideologie beeinflusst würden. Das Ziel der Stasi: Unter den Studierenden inoffizielle Mitarbeiter zu finden, die später in strategisch bedeutenden Bereichen tätig sein und für die Stasi spionieren würden. Auf diesem Wege sollte ein langfristiger Einfluss

auf Führungskräfte in Politik und Wirtschaft aufgebaut werden. Ab Mitte der 1980er-Jahre bildeten die Städtepartnerschaften zwischen der DDR und der Bundesrepublik ein wichtiges Element im innerdeutschen Beziehungsgeflecht. Die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft wurde zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt geschlossen. Viele weitere folgten. Das MfS war bestrebt, die persönlichen Begegnungen zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ umfassend zu überwachen. Einerseits um möglichst viele Informationen aus dem „Operationsgebiet“, also aus West-Deutschland, zu erhalten, andererseits sollten Kontakte zwischen einfachen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern und westlichen Delegationsmitgliedern möglichst verhindert werden.

Die Beschattung der deutsch-deutschen Kontakte machte auch vor Bundes- und Landespolitikern nicht halt. So wurden z. B. alle neun

Treffen zwischen Oskar Lafontaine (*1943) und Erich Honecker (1912–1994) überwacht – unabhängig davon, ob sie im Saarland oder in der DDR stattfanden.

Ausgehend von den überlieferten Stasi-Akten wirft das vorliegende Dokumentenheft Schlaglichter auf die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit im Saarland. Die Publikation zeigt charakteristische Facetten der Überwachung und Verfolgung durch die Stasi – sei es unmittelbar im Saarland oder bei der Bespitzelung von Saarländerinnen und Saarländern in der DDR.

→ *In den folgenden Kapiteln werden immer wieder Fallbeispiele zur Veranschaulichung der Inhalte eingefügt. Diese Beispiele heben sich wie hier vom Text ab.*

KSo



Zusammentreffen Erich Honeckers (1912–1994), Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, mit Oskar Lafontaine (*1943), Ministerpräsident des Saarlandes, und Johannes Rau (1931–2006), Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, im Palais „Unter den Linden“ in Ost-Berlin, 7. Mai 1986.

BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 254, Bild 9, vorvernicktet (Ausschnitt), Fotograf: Settnik, Bernd

Freundschaft unter Kontrolle?

Städtepartnerschaften zwischen dem Saarland und der DDR



Wer kennt Sie nicht, die Eingangsschilder in den Städten, die die Ankommenden begrüßen und auf die Partnergemeinden in Italien, Frankreich oder Österreich hinweisen. Dass es jedoch auch Städtepartnerschaften über den Eisernen Vorhang hinweg gab, ist eher unbekannt.

Die Idee der Städtepartnerschaften reicht bis ins Jahr 1948 zurück. Ihr Ziel: Nach den zwei Weltkriegen die Verständigung der Menschen in Europa untereinander zu verbessern. Regelmäßige Begegnungen sollten die Grundlage für ein friedliches Europa legen.

Die Städte und Gemeinden im Osten und im Westen Deutschlands hatten großes Interesse an solchen grenzübergreifenden Partnerschaften. Die Umsetzung war jedoch, bedingt durch den Kalten Krieg, lange ein heikles Thema – auf politischer Ebene praktisch ausgeschlossen. Besonders weil Städtepartnerschaften normalerweise zwischen zwei Städten verschiedener Länder geschlossen wurden und die Städtepartnerschaften zwischen Ost- und West-Deutschland die Streitfrage nach der Eigenständigkeit der DDR als souveränem Staat berührten.



Am Ortseingang von Neunkirchen im Januar 1988 aufgestelltes Hinweisschild auf die Städtepartnerschaften von Neunkirchen mit Mantes-la-Ville und Lübben.

Willi Hiegel/Stadtarchiv Neunkirchen, Nachlass Willi Hiegel



25.04.1986

Erste Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt

Lange Jahre lehnte zunächst die Regierung der Bundesrepublik das Ansinnen der DDR-Staatsführung ab, städtepartnerschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Sie wollte vermeiden, dass auf diesem Wege die internationale Anerkennung der DDR voranschritt. Die DDR galt für die Bundesrepublik nicht als souveräner Staat, sondern immer noch als sowjetische Besatzungszone innerhalb Deutschlands.

Erst in den 1970er-Jahren, mit dem Beginn der Entspannungspolitik unter Willy Brandt (1913–1992) und seiner Politik des „Wandels durch Annäherung“, nutzten zahlreiche westdeutsche Kommunen die Chance und adressierten Partnerstadt-Anfragen an die DDR. Jedoch vergebens: Denn die DDR sah nun ihrerseits keine Notwendigkeit mehr für solche Partnerschaften, da sie durch den Grundlagenvertrag 1972 internationale Anerkennung erreicht hatte.

Obwohl die DDR-Staatsführung kein Interesse mehr an Städtepartnerschaften hatte, nutzte sie die Gunst der Stunde und stellte maximale Forderungen an die Bundesregierung. Städtepartnerschaften mit der DDR werde es nur geben, wenn die Bundesrepublik die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen und die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter – die DDR-Justizverbrechen systematisch dokumentierte – schließen würde. Diese für die Bundesrepublik unerfüllbaren Forderungen führten für die nächsten Jahre zu einem Verhandlungsstillstand.

Doch dann der Paukenschlag: Im November 1985 erhielt der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (*1943), während seines Besuchs in Ost-Berlin, von DDR-Staatschef Erich Honecker (1912–1994) die Zusage für eine deutsch-deutsche Städtepartnerschaft. Damit hatte bei weitem niemand gerechnet.

Im Gepäck hatte Lafontaine damals die Anfrage der Stadt Saarlouis, aber auf eine Zusage hatte niemand wirklich zu hoffen gewagt. Der Stadtrat in Saarlouis hatte sich eigentlich Halberstadt als Partnerstadt gewünscht – dorthin waren viele Saarlouiser Bürgerinnen und Bürger während des Zweiten Weltkriegs evakuiert worden. Doch Honecker wählte die „erste sozialistische Planstadt der DDR“ aus: Eisenhüttenstadt. Sie war 1950 auf dem Reißbrett entworfen und als Wohnstadt für das neu gegründete Eisenhüttenkombinat Ost erbaut worden.



Noch vor dem offiziellen Inkrafttreten der Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt kam es zu Delegationsbesuchen in Ost- und Westdeutschland. Im Juni 1986 war der „Volkschor Eisenhüttenstadt“ in Saarlouis und besuchte bei einem Gang durch die Altstadt auch den Wochenmarkt auf dem Großen Markt.

Stadtarchiv Saarlouis





Die Kooperationsverträge, welche die Städtepartnerschaft offiziell besiegelten, wurden nacheinander in beiden Partnerstädten feierlich unterschrieben. Nach der Unterzeichnung Mitte September 1986 in Saarouis folgte am 6. Oktober die Ratifizierung in Eisenhüttenstadt im Haus der Gewerkschaften.
F. Peukert/Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

Dass es so überraschend zur ersten innerdeutschen Städtepartnerschaft kam, lag vor allem an den internationalen Entwicklungen dieser Zeit. Ab Mitte der 1980er-Jahre begannen sich der „freie Westen“ um die USA und der kommunistische „Ostblock“ unter Führung der Sowjetunion, nach einer äußerst zuge-spitzten Phase langsam wieder anzunähern. Vorausgegangen war die Wahl Michail Gorbatschows (1931–2022) zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im März 1985. Er trat für Abrüstung und Annäherung der beiden Machtblöcke ein und verkündete nur einen Tag bevor Honecker der ersten innerdeutschen Städtepartnerschaft zustimmte, einen Beschluss, der

Städtepartnerschaften zwischen sowjetischen und ausländischen Städten nicht nur erlaubte, sondern explizit befürwortete.

Trotz des sowjetischen Vorstoßes war die DDR-Staatsführung nicht an einem intensiven wechselseitigen Austausch auf kommunaler und gesellschaftlicher Ebene interessiert. Zwar versprochen die Städtepartnerschaften für die DDR viele außenpolitische Vorteile, doch in der SED-Führung und bei Erich Honecker überwog die Befürchtung, dass sich die im Zuge der Partnerschaften zwangsläufig entstehenden Kontakte zwischen West- und Ostdeutschen negativ auf die eigene Bevölkerung und somit auf die politische Stabilität im eigenen Land auswirken könne.¹

Erich Mielke (1907–2000), Minister für Staatssicherheit, war außerdem davon überzeugt, dass die zwischenmenschlichen Kontakte von westlichen Geheimdiensten zur Spionage ausgenutzt werden würden. Auch fürchtete er, dass westliche Sympathisierende die DDR-Opposition unterstützen oder DDR-Delegationsmitglieder im Rahmen ihrer Besuche in der Bundesrepublik sich kritisch über ihr eigenes Land äußern könnten.²

Deshalb sicherte das Ministerium für Staatssicherheit die Städtepartnerschaften im Hintergrund ab und überwachte die persönlichen Begegnungen zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ umfassend. Federführend bei dieser Überwachung war die Hauptabteilung XX und die ihr nachgeordneten Abteilungen in den Stasi-Bezirksverwaltungen. Die Hauptabteilung war für die Überwachung des Staatsapparates, der Kultur, der Kirchen und des sogenannten politischen Untergrunds zuständig. Die konkrete lokale Kontrolle in der DDR übernahmen die jeweils zuständigen Kreisdienststellen der Stasi.³



Zum kulturellen Begleitprogramm in Eisenhüttenstadt gehörte ein Konzertabend mit dem Saarlouiser Trio „Schmitt“ im Kaufhauscafé (heutiges Lindenzentrum), Oktober 1986.
F. Peukert/Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

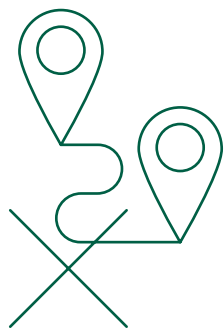
Das wichtigste Mittel der Stasi, um die „Risiken“ der Städtepartnerschaften zu minimieren bzw. eine möglichst lückenlose Überwachung zu erreichen, war der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern (IM).⁴ Besonders hilfreich waren IM in sogenannten Schlüsselpositionen. Meistens waren diese beim Rat der Stadt beschäftigt und bereits von Amts wegen mit Vorbereitungen für die Städtepartnerschaften betraut.

Durch diese IM war das MfS über die DDR-Besucherinnen und -Besucher aus der Bundesrepublik sowie die DDR-Delegationsmitglieder, die die westdeutsche Partnerstadt besuchen sollten, informiert. So konnte problemlos zu allen Personen eine Sicherheitsüberprüfung vorgenommen und auf dieser Grundlage entschieden werden, welche DDR-Bürgerinnen und -Bürger als Delegationsmitglieder in den Westen reisen durften. Auch westdeutsche Besucherinnen und Besucher sollten möglichst vor ihrer DDR-Reise überprüft werden, um auf unliebsame Personen vorbereitet zu sein, die die SED-Politik kritisieren oder die DDR in einem schlechten Licht darstellen könnten. Zu ihnen zählten insbesondere Journalistinnen und Journalisten.⁵

→ IM „R. Stark“ war ein solcher IM in „Schlüsselposition“. Er arbeitete im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), genauer gesagt in der dortigen Abteilung für Journalistische Beziehungen „R. Stark“ war in die Vorbereitungen der ersten innerdeutschen Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt eingebunden, die am 25. April 1986 in Eisenhüttenstadt besiegelt werden sollte. Am 11. April meldete er an das MfS, welche (inter)nationalen Korrespondenten über den Vertragsabschluss aus der DDR heraus berichten wollten. Das MfS überprüfte anschließend, ob in seinen internen Speichern bereits Informationen zu den Journalistinnen und Journalisten vorlagen.

Die Überwachung der westlichen Gäste innerhalb der DDR gestaltete sich einfach. Wenngleich auch hier besondere Vorsicht geboten war, da es die deutsch-deutschen Partnerschaften belastet hätte, wenn die Überwachung durch die Stasi entdeckt worden wäre. Zum Standardprogramm der Stasi gehörte die permanente Begleitung der Delegationen durch IM während ihres gesamten Aufenthaltes und häufig wurden die Besucherinnen und Besucher auch heimlich fotografiert. So wurde beispielsweise die Delegation aus dem saarländischen Homburg während ihres Besuchs in ihrer Partnerstadt Ilmenau auf Schritt und Tritt durch die örtliche Kreisdienststelle überwacht.

**Privater
Kontakt
war unerwünscht**



448

**MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**
Ministerium für Staatssicherheit

BSTU 0063
Ye. Jee
zu betriebl. PKW
Jan /

Hauptabteilung/Abteilung/Referat VIII

Bezirksverwaltung/Verwaltung Suhl

Sachbearbeiter Major Krannich

Telefon 2289

Hauptabteilung/Abteilung Suhl, 24.02.1989

Bezirksverwaltung/Verwaltung 239/89

Kreis-/Objektdienststelle Ilmenau

des Ministeriums für Staatssicherheit

Beobachtungsbericht

Betr. Städtepartnerschaft Ilmenau - Bad Homburg

Wohnhaft

Decknamen "Partnerschaft" Reg.-Nr. des Auftragsersuchens

Für die Zeit vom 21. 02. 1989 bis 23. 02. 1989

Am Dienstag, dem 21. 02. 1989

BSTU 0064 2

Aus dem PKW Lada stiegen drei männliche Personen und eine weibliche Person und aus dem B 1000 sechs männliche Personen aus und betraten das

Hotel "Panorama".

15.55 Uhr verließen diese Personen das Hotel "Panorama" und fuhren mit den beiden PKW nach Ilmenau.

16.40 Uhr hielten die beiden PKW in Ilmenau am Bahnhof Ilmenau - Bad. Alle Personen stiegen aus und gingen in Richtung Fußgängerzone (Lindenstraße).

17.00 Uhr betraten alle Personen die

Ilmenau-Information.

17.11 Uhr verließen alle Personen die Ilmenau-Information und gingen weiter in Richtung Fußgängerzone.

17.51 Uhr betraten alle Personen das

Goethe-Museum, Amthaus
Am Markt.

↑
Unter dem Decknamen „Städtepartnerschaft“ bespitzelte der Ilmenauer Stasi-Mitarbeiter Krannich die Homburger Delegationsmitglieder. Er hielt seine Observationsergebnisse in einem Beobachtungsbericht fest.
BArch, MfS, BV Suhl, KD Ilmenau, Nr. 3982, Bl. 63 f. (bearbeitete Ausschnitte)

BSTU 0086



↑
Krannich beließ es nicht nur bei der Beobachtung, sondern hatte zusätzlich den Auftrag für eine fotografische Dokumentation der Delegationsmitglieder erhalten.
BArch, MfS, BV Suhl, KD Ilmenau, Nr. 3982, Bl. 86, Bild 1, 2



Demonstration in Neunkirchen am Tag der Vertragsunterzeichnung für die Städtepartnerschaft zwischen Neunkirchen und Lübben, 12. Dezember 1986
 BArch, MfS, BV Cottbus, KD Lübben, Fo, Nr. 712, Bild 42, Fotograf: Hiegel, Willi

Natürlich wurden auch die DDR-Delegationen, die ihre westdeutschen Partnerstädte besuchten, von der Stasi überwacht. Auch hier wurden IM in „Schlüsselpositionen“, die ohnehin an den Vorbereitungen der Delegationsbesuche beteiligt waren, mit auf die Reise geschickt. Sie sollten in erster Linie Fluchtversuche von Mitreisenden verhindern, direkt aus der Bundesrepublik Bericht erstatten und spezielle Informationen zur Partnerstadt einholen.

→ So waren zum Beispiel die IM „Ch. Fechter“ und die Kontaktperson⁶ „Harald“ Teil der Delegation des Volkstanzensembles des VEB Eisenhüttenkombinats Ost, das 1987 im Rahmen der Städtepartnerschaft nach Saarlouis gereist war. Nach Abschluss der Fahrt verfassten sie einen Bericht über die Reise. Trotz der mitgereisten IM gelang es einem Musiker, die Delegation zu verlassen und in der Bundesrepublik zu bleiben.⁷ Noch in der Nacht wurde die KD Eisenhüttenstadt durch die SED-Kreisleitung über die geglückte Flucht informiert.

Die Stasi ermittelte daraufhin zwar im Umfeld des Musikers in Eisenhüttenstadt, führte Hausdurchsuchungen sowie Befragungen durch. Doch von Ermittlungen in Saarlouis sah sie ab, weil sie keine negative Berichterstattung im Saarland provozieren und damit womöglich die städtepartnerschaftlichen Beziehungen belasten wollte.

→ Von allen fünf Städtepartnerschaften⁸, die das Saarland und die DDR verbanden, wurde die Städtepartnerschaft zwischen Neunkirchen und Lübben am stärksten überwacht. Zum einen hatte es schon zu Beginn der Städtepartnerschaft in der Bundesrepublik nicht nur positive Reaktionen auf den Vertragsabschluss gegeben. So wurde am 12. Dezember 1986 in Neunkirchen mit Slogans wie „Ja zur Städtepartnerschaft/Nein! zum Schießbefehl“ und „Mauer = Mord“ gegen die DDR demonstriert. Auf Umwegen gelangte die Stasi an Fotos der Proteste, die der saarländische Fotograf Willi Hiegel geschossen hatte, und ergänzte mit ihnen ihre eigene interne Auswertung.

Zum anderen fürchteten SED-Führung und Stasi, dass sich private Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschen abseits der offiziellen Veranstaltungen entwickeln und sie dadurch die Kontrolle über den Austausch der Beteiligten verlieren könnten. Doch genau solche Kontakte wollten die Bürgermeister von Neunkirchen, Peter Neuber (1937–2013), und von Lübben, Hellmuth Franzka (1926–2013), knüpfen. Sie wollten die Städtepartnerschaft nicht nur im engen Korsett der Partnerschaftsverträge gestalten, sondern die Städtefreundschaft mit echtem Leben füllen.

BStU 000145

Kreisdienststelle Lübben

Lübben, den 10.02.1988

Sachstandsbericht zum OV "Partner" VI/104/87

Ausgehend von der im Jahre 1986 abgeschlossenen Städtepartnerschaft zwischen Lübben und Neunkirchen/BRD wird im OV "Partner" VI/104/87 der Bürgermeister der Stadt Lübben, Franzka, Hellmuth gemäß § 219 StGB operativ bearbeitet.

Die Aktivitäten und Verhaltensweisen des Franzka weisen auf eine verstärkte Diskrepanz zwischen dem offiziell abgestimmten Grundsätzen und Zielen der städtepartnerschaftlichen Vereinbarungen sowie seinen persönlichen Interessen und engen Beziehungen, insbesondere zum Oberbürgermeister Neuber, Peter auf. Es muß eingeschätzt werden, daß die inkonsequente Verhaltenslinie des Gen. Franzka die Position des Oberbürgermeister Neuber zum Unterlaufen bzw. nicht abgestimmten Erweiterung der Vereinbarungen des Rahmenprogramms unterstützt. Mangelnde Abgrenzung als Mitglied der SED und als Funktionär des Staatsapparates führen zu bereitwilligen Zugeständnissen an die Interessenlage und Verhandlungslinie des Oberbürgermeister Neuber und schaden somit der Zielstellung der Städtepartnerschaft, durch ausgewählte bilaterale kommunale Beziehungen einen Beitrag zur Friedenssicherung und Dialogpolitik der SED zu leisten. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen der politisch-operativen Bearbeitung des OV "Partner" finden im Dienstzimmer des Gen. Franzka wichtige Absprachen, Gespräche und Verhandlungen (darunter auch solche mit dem Oberbürgermeister Neuber) statt. Zur Erarbeitung weiterer operativbedeutsamer Informationen entsprechend der Zielstellung des OV wird vorgeschlagen, eine Maßnahme in Zusammenarbeit mit der Abt. 26 dort durchzuführen.

Leiter der Kreisdienststelle



Schuster
Oberstleutnant



Die Kreisdienststelle Lübben hatte zum Bürgermeister der eigenen Stadt den Operativen Vorgang „Partner“ angelegt. Im Februar 1988 verfasste sie einen Sachstandsbericht, eine Art Zwischenbericht, über die aktuellen Ermittlungen und schlug vor, das Dienstzimmer des Bürgermeisters abzuhören.

BArch, MfS, HA XX, Nr. 865, Bd. 1, Bl. 145



↑
Observationsfotos der Stasi, die die Radtour des Neunkirchner Oberbürgermeisters Peter Neuber mit Radsportlern im Kreis- und Stadtgebiet Lübben intensiv beobachtete. *BArch, MfS, BV Cottbus, KD Lübben, Fo, Nr. 744, Bild 7, 8, 15.*

Dies führte aber schnell dazu, dass beide Bürgermeister intensiv von der Stasi überwacht wurden. Zu Hellmuth Franzka aus Lübben eröffnete die dortige KD sogar einen Operativen Vorgang mit dem Decknamen „Partner“. Der Bürgermeister war in den Augen der Stasi zu weit von den „offiziell abgestimmten Grundsätzen und Zielen“⁹ der städtepartnerschaftlichen Verträge abgewichen und sollte nun eingehegt werden.

Peter Neuber ging unkonventionelle Wege, um abseits des Protokolls mit den Menschen in der Partnerstadt Lübben in Kontakt zu kommen. Der begeisterte Radrennfahrer hatte in der Spreewaldstadt zufällig die Radsportfreunde Dieter Pfahl und Günther Brendl von Lok Lübben kennengelernt und sich mit ihnen und anderen Radfreunden zu einer Ausfahrt verabredet.¹⁰ Dieser private Wettstreit war der Stasi natürlich ein Dorn im Auge, fand er doch außerhalb des offiziellen städtepartnerschaftlichen Rahmens statt. Neuber reiste hierfür sogar einige Tage vor

dem Beginn des offiziellen Delegationsbesuches nach Lübben. Der Stasi waren aus politischen Erwägungen die Hände gebunden und so hatte Neuber geschafft, was die Stasi stets unterbinden wollte: Er kam mit jedermann an der Strecke ins Gespräch und konnte die Lübbener ungehindert kennenlernen. Der Stasi blieb nichts anderes übrig, als das private Radrennen zu fotografieren und die Namen der Lübbener Radsportfreunde, die an der Ausfahrt teilgenommen hatten, auf der Rückseite der Bilder zu dokumentieren.

Um sich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Lübbens austauschen zu können, wählte Neuber für die Zeit seiner Aufenthalte auch stets private Quartiere aus, entweder bei Vertretern der evangelischen Kirche in Lübben¹¹ oder aber beispielsweise bei Dieter Pfahl, den er persönlich schätzen gelernt hatte. Da die Stasi aus Gründen politischer Rücksichtnahme die Übernachtungen bei den Vertretern der evangelischen Kirche nicht offiziell verhindern konnte, setzte



sie Gastgeber wie Dieter Pfahl sowohl im Betrieb als auch privat unter Druck, um sie zu einer Absage der geplanten Übernachtung zu nötigen. Der Stasi gelang es zwar, dass Pfahl die Übernachtung absagte, zu einem Treffen abseits des offiziellen Protokolls kam es aber dennoch. Peter Neuber bedankte sich in einem persönlichen Schreiben bei seinen Gastgebern, seinen „Radsportfreunde[n] von Lok Lübben“ und schrieb zu seinen Erlebnissen: „Mauern halten das Haus zusammen, ersetzen aber die Türen nicht. Die Mieter sollten sich überall im Haus treffen und feiern können, wo sie wollen – in Neunkirchen oder Treppendorf [Lübben].“

Die innerdeutschen Städtepartnerschaften waren, je nach Sichtweise, unterschiedlich erfolgreich. Für manche bedeutete der Kontakt über den Eisernen Vorhang hinweg echten bürgerschaftlichen Austausch auf lokaler Ebene, der sich auch im Privaten fortsetzen ließ – so wie in Lübben. Für andere stellten sie vor allem einen „Funktionärstourismus“ dar, der allein den treuesten Parteimitgliedern vorbehalten war und unter strenger Kontrolle des MfS stand.

KSo

Auszug I

Von Peter, Neuber, Möwenweg 33
D 6680 Neunkirchen

an Herrn
Dieter Pfahl

DDR- 7550 Lübben

z.Z. Berlin/West 17.06.88

Sehr geehrte Frau Pfahl, Lieber Dieter Pfahl,
für Ihre Gastfreundschaft am vergangenen Samstag, das
Gespräch und Zusammensein, den guten Willen, auch für den
guten Spargel, der köstlich mundete, auf diesem Wege noch
einmal ein Dankeschön. Auch und gerade weil wir uns einiges
ganz anders vorgestellt hatten, wären es denkwürdige und
wichtige Stunden gemeinsamen Erlebens der Verwirklichung eines
Werkes, an wir in Neunkirchen gern und auch mit dem Herzen
anteilgenommen. Grüßen Sie bitte auch Tino und seine Eltern
und mit den Schwager (meine) Randsportfreunde von Lok Lübben.
Wir respektieren ja notgedrungen Grenzen, als Grundvoraussetzung
des Friedens, wollen Sie aber poröser haben. Grenzlinien
sollen markieren, aber nicht trennen. Mauern halten das Haus
zusammen, ersetzen aber die Türen nicht. Die Mieter sollten
sich überall im Haus treffen und feiern können, wo sie wollen-
in Neunkirchen oder Treppendorf. Schön wär's dann noch, wenn die
Panzer vom Klavier und die Sicherheitspolizei aus dem Keller
abgezogen würde ... In unserer Zeitung stand's am 11./12.6.1988
wie beigelegt. Ihr Peter Neuber



Peter Neuber wurde von der Stasi in einem eigenen Operativen Vorgang überwacht. Sie gab ihm dem Namen „Berste“. Teil dieser Überwachung war auch die Kontrolle seiner Postsendungen in die DDR. Den Dankesbrief an Dieter Pfahl und seine Frau schrieb die Stasi auszugsweise ab und nahm ihn zu den Akten, Juni 1988.

BArch, MfS, BV Cottbus, KD Lübben, Abt. VI, Nr. 143/88, Bl. 47

1987 – Erich Honeckers Besuch im Saarland

1987 wählte sich die Partei- und Staatsführung der DDR an einem wichtigen Ziel angekommen: Erich Honecker besuchte vom 7. bis zum 11. September die Bundesrepublik Deutschland. Die SED sah darin die langersehnte vollständige staatsrechtliche Anerkennung der DDR durch den westdeutschen Staat.

Der Bundesregierung ging es vor allem um Reiseerleichterungen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Engere Beziehungen sah sie auch als Grundlage für die nationale Einheit Deutschlands an.¹² Der Besuch des Saarlands war für Honecker ein besonderes – weil persönliches – Anliegen. Für den im saarländischen

Wiebelskirchen geborenen Staatschef handelte es sich um eine Reise in die alte Heimat. Er wollte seine dort lebende Schwester sowie Jugendfreunde treffen und das Grab seiner Eltern besuchen.¹³

Zur Überwachung des Staatsbesuchs ordnete der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke die Aktion „Dialog“ an.¹⁴ Das MfS sollte die persönliche Sicherheit Honeckers in der Bundesrepublik garantieren und Angriffe gegen seine Person abwenden. Zudem war es Aufgabe der Stasi, mögliche Störungen des Besuchs zu verhindern oder „in ihrer Wirkung ein[zu]schränken“.¹⁵ Dies betraf sowohl die DDR selbst als auch die Bundesrepublik: Die Stimmung sollte keinesfalls durch



←
Erich Honecker und Oskar Lafontaine im Gespräch in der saarländischen Staatskanzlei, 10. September 1987
Bundesarchiv;
Fotograf: Murza, Gerhard

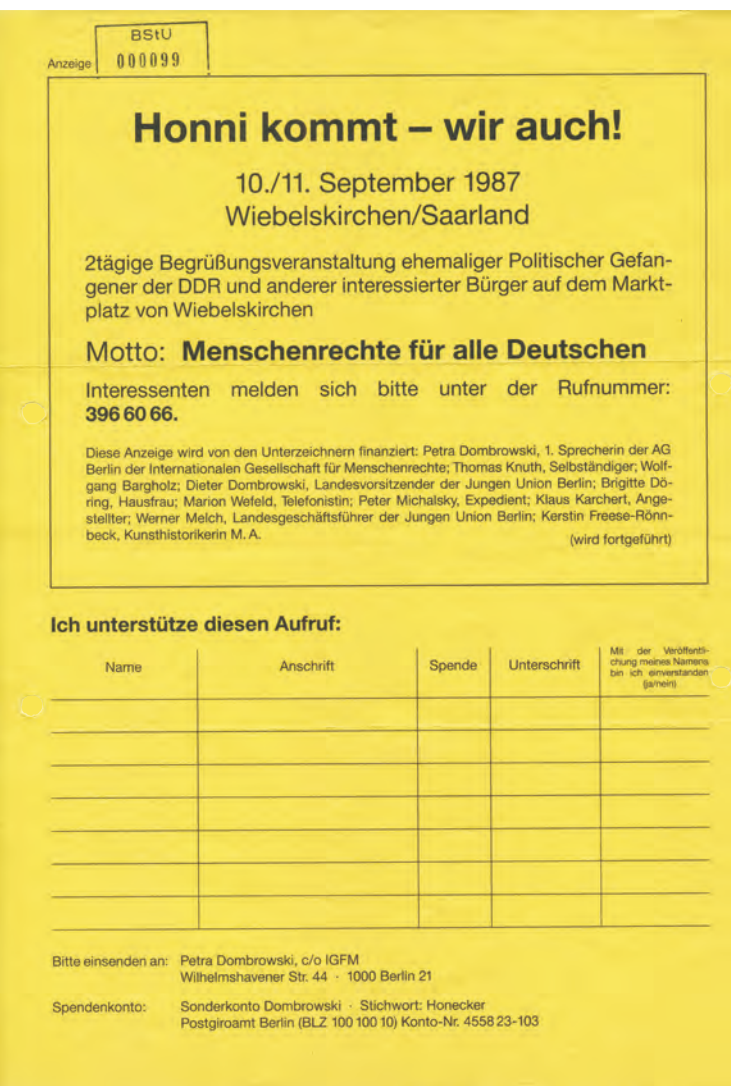
die Inhaftierung von Demonstrierenden in der DDR oder neue Mauertote getrübt werden. Auch über Aktionen westdeutscher Bürgerinnen und Bürger wollte die Stasi genauestens informiert sein. Beeinflussen konnte sie diese zu ihrem Unmut aber nur bedingt.

Auch wenn sie es ungern tat – die Stasi musste mit den verschiedenen Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zusammenarbeiten. Der Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (1942–2023) machte vorab klar, dass die westdeutschen Behörden für Sicherheit sorgen, aber nicht das grundgesetzlich verankerte Demonstrationsrecht außer Kraft setzen würden.¹⁶ Und auch die saarländische Landesregierung kam

dem MfS in diesem Punkt nicht so weit entgegen, wie dieses es sich gewünscht hatte: Starke Polizeipräsenz ja, aber nicht wie beim Besuch Helmut Schmidts (1918–2015) im Jahr 1981 in der DDR, als die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Häuser nicht verlassen durften und Stasi-Mitarbeiter die normale Bevölkerung gespielt hatten: „Wiebelskirchen [...] sei nicht Güstrow“.¹⁷

Dementsprechend lamentierte die Stasi vor dem Besuch, dass die westdeutschen Behörden erfahrungsgemäß „nicht gewillt sind, gegen provokatorische und hetzerische Aktivitäten hinter sogenannten Bannmeilen und Sperrgittern vorzugehen, also derartige Kräfte tatsächlich an Handlungen zu hindern und damit eine störungsfreie Durchführung des Besuchs zu gewährleisten, [...] Zusicherungen der BRD-Seite sind das eine, die Realitäten [...] sind das andere.“¹⁸ Das MfS fremdelte spürbar mit dem Demonstrationsrecht in der Bundesrepublik.

Nachdem Honecker in den ersten Tagen seines Besuchs in Bonn und Wuppertal war, reiste er am Abend des 9. September ins Saarland. Dort empfing ihn der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine am Flughafen mit allen protokollarischen Ehren. Im Gegensatz zu Bonn, wo eine Eskorte von sieben Motorrädern den Gast begleitet hatte, waren es in Saarbrücken 15. Der kleine Unterschied war symbolischer Natur: Bonn hatte die Reise des DDR-Staatschefs stets als Arbeitsbesuch bezeichnet, die größere Eskorte gab es nur bei offiziellen Staatsbesuchen.



← Aufruf zur Protest-Veranstaltung in Wiebelskirchen: „Honni kommt – wir auch!“, 1987. Das MfS wollte möglichst früh über mögliche Proteste informiert sein und verfolgte die Vorbereitungen verschiedener Organisationen intensiv. *BArch, MfS, HA XXII, Nr. 994, Bl. 99*

Oskar Lafontaine und Erich Honecker hatten sich schon öfter getroffen und persönlich ein gutes Verhältnis.¹⁹ Insbesondere über Entwicklungen im Saarland und seine eigene Herkunft sprach der Staatsratsvorsitzende mit Lafontaine „sehr offen und unbefangen“.²⁰ Die DDR-Seite schätzte Lafontaines auf Entspannung ausgerichtete Deutschlandpolitik. Der Ministerpräsident selbst nutzte den persönlichen Kontakt, um die wirtschaftlichen Beziehungen und den kulturellen Austausch zwischen der DDR und dem Saarland zu intensivieren.²¹

Eine Reihe saarländischer Bürgerinnen und Bürger sah den Honecker-Besuch als Chance, um auf die Probleme beim Reiseverkehr mit der DDR und der Freizügigkeit aufmerksam zu machen. In Briefen baten sie Lafontaine und andere westdeutsche Politiker um Unterstützung für Verwandte, Freundinnen und Freunde aus der DDR, die bisher vergeblich auf Genehmigungen für Besuchs- oder Ausreisen warteten. Die Bittstellenden hofften, dass ihre Volksvertreter das Thema bei Erich Honecker bzw. der DDR-Delegation ansprechen würden. So bat z. B. eine Frau aus Homburg um die Ausreise ihres Ehemannes.

Während des Honecker-Besuchs übergab die saarländische Staatskanzlei der Ständigen Vertretung der DDR 30 Bittschriften und weitere 51 Petitionen der Delegation, die Honecker begleitete.²² Darüber hinaus nahm die Staatskanzlei – wie auch schon bei anderen Fällen zuvor und in den folgenden Jahren – Kontakt zum Rechtsanwalt Wolfgang Vogel (1925–2008) in Berlin auf.²³ Dessen Kanzlei organisierte in enger Absprache mit dem DDR-Regime u. a. Ausreisen von DDR-Bürgerinnen und Bürgern.

Die Entscheidungen traf allerdings die Stasi: Sie überprüfte, ob es „Versagungsgründe“ gegen eine Ausreise der Personen gab, für die sich westdeutsche Politiker einsetzten. Die Ergebnisse waren unterschiedlich. Bei gefragtem Fachpersonal wie Ärzten wurden keine Ausreisen genehmigt. Auch Saarländische Bürgerinnen und Bürger, die selbst zuvor aus der DDR übergesiedelt waren, mussten oft damit leben, dass sie Verwandte in der DDR nicht besuchen durften.²⁴

Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger, die während des Besuchs 1987 ihre Anliegen vorbrachten, wählte andere Wege, um die DDR-Behörden bzw. Honecker auf sich aufmerksam zu machen. Einige schickten Briefe für Honecker an dessen saarländische Unterbringung, die Residenz „Dillinger Hütte“. Das MfS unterband aber deren Übergabe an Honecker.²⁵ Andere Hilfesuchende wandten sich an die von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) anlässlich des Honecker-Besuchs eingerichtete „Petitionsstelle“. Diese sammelte Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen in der DDR, um sie öffentlichkeitswirksam an Vertreter der DDR zu übergeben.²⁶ Auch ein Paar aus Saarlouis schrieb dorthin, um sich für eine Reiseerlaubnis für den in der DDR lebenden Bruder der Ehefrau einzusetzen. Die beiden erwogen darüber hinaus auch, persönlich an den Staatsratsvorsitzenden bei seinem Aufenthalt im Saarland heranzutreten.²⁷ Das MfS erfuhr von diesem Vorhaben. Um die Situation zu klären, wurde dem Bruder noch vor Honeckers BRD-Besuch eine Genehmigung der schon mehrfach beantragten Besuchsreise in Aussicht gestellt.²⁸

Nach der Veröffentlichung des Besuchstermins Mitte Juli 1987 registrierte das MfS 32 Mord- und Gewaltdrohungen gegen Honecker.²⁹ Diese waren allerdings nicht die ersten ihrer Art. Immer dann, wenn die öffentliche Berichterstattung über eine mögliche BRD-Reise Honeckers spekuliert hatte, schmiedeten einige Personen in der Bundesrepublik Mordpläne bzw. sandten Drohbriefe an den Staatsratsvorsitzenden.

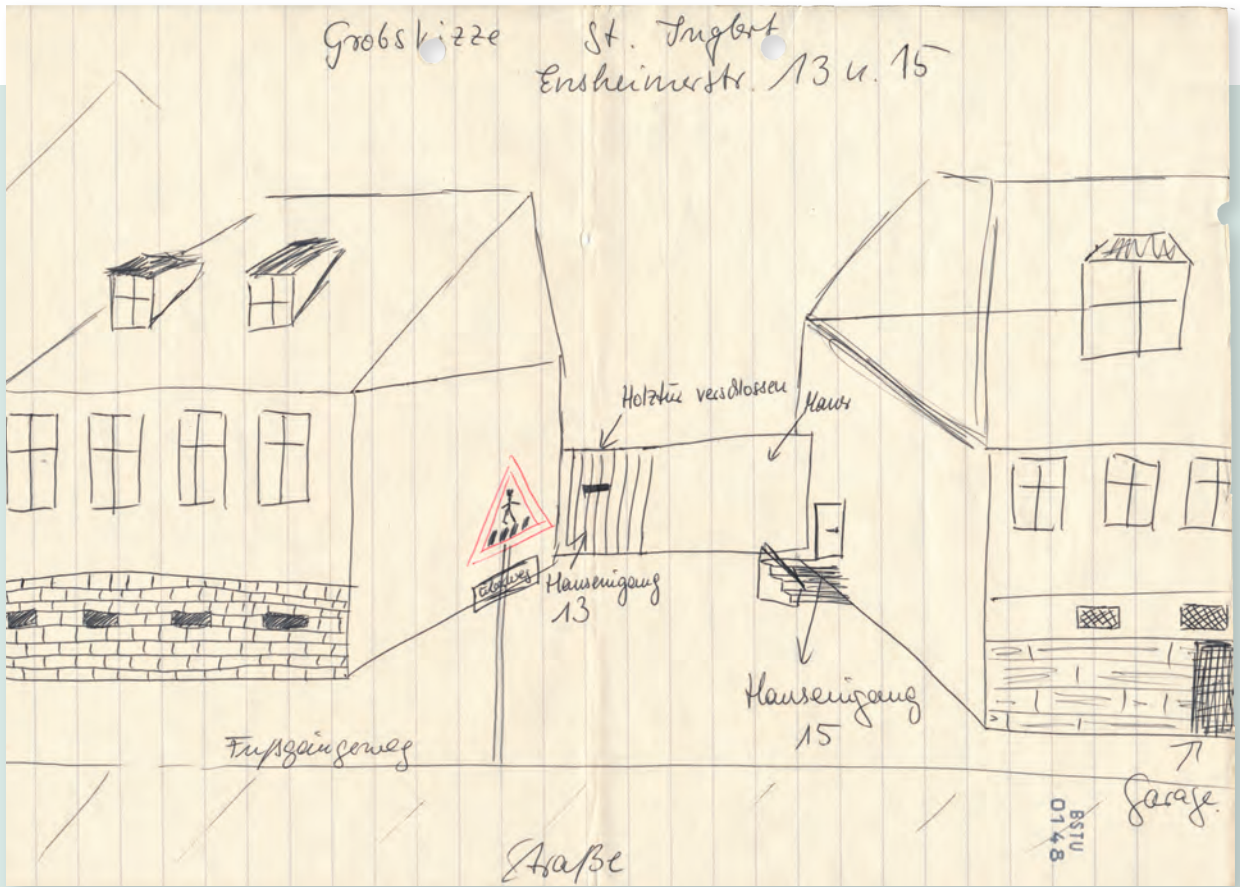


↑ → ↘

IM „Barbara“ versuchte im Saarland vergeblich, die Adresse des angeblichen Briefschreibers aus St. Ingbert herauszufinden. Die IM fertigte eine Skizze und Fotos an. BArch, MfS, HA XXII, Nr. 16623, Bl. 144, Bild 1, 8, 148

→ Erste Überlegungen für einen Honecker-Besuch in der Bundesrepublik hatte es bereits Anfang der 1980er-Jahre gegeben. Im Jahr 1981 kündigte dann eine angeblich in St. Ingbert beheimatete Person in einem Drohbrief an, Honecker bei einer BRD-Reise zu erschießen. Dies begründete der Verfasser mit der Verhaftung des eigenen Sohns beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Magdeburg.³⁰ Die Stasi stellte fest, dass der Brief im hessischen Kelkheim eingeworfen worden war. Daher schickte sie im Frühling 1982 die IM „Barbara“ sowohl nach Hessen als auch ins Saarland. Die IM fotografierte Straßen und Häuser im Umfeld der angeblichen Adresse des Briefschreibers in St. Ingbert, fertigte eine Skizze an und notierte die Namen der Bewohner.³¹ Von dem Briefverfasser fehlte allerdings jede Spur.

→ Manche Personen meldeten sich über Jahre hinweg immer wieder, so z. B. eine Person, gegen die das MfS im Operativen Vorgang (OV) „Saar“ ermittelte.³² Von 1982 bis 1989 versandte der Schreiber unter verschiedenen Namen Drohungen an Honecker. Durch Schriftenvergleiche, Untersuchung des Inhalts sowie des Schreibstils, eine Speichelanalyse und die Feststellung der Absendeorte schränkte die Stasi den Täterkreis ein: Es handelte sich anscheinend um einen älteren, ehemaligen Thüringer mit der Blutgruppe 0, der die Briefe im Umkreis von Neunkirchen losschickte. Dem MfS war bewusst, dass der Verfasser eventuell versuchte, seine Identität durch irreführende Angaben zu verschleiern. Trotzdem bemühte sie sich intensiv, ihn zu identifizieren, um eine potenzielle Gefahr von Honecker abzuwenden.³³



BStU 000043

Abteilung XXII/2

Berlin, 22. 1. 1987
ho-hü

SACHSTANDSBERICHT

zum Stand der operativen Bearbeitung des OV "SAAR"

1. Operativer Ausgangssachverhalt - Ergänzung

Der Abteilung XXII/2 wurde am 5. 1. 1987 ein Brief, maschinenschriftlich, gerichtet an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, übergeben.

Der Brief wurde mit dem Posttagesstempel vom 3. 12. 1986, 18.00 Uhr in 6600 Saarbrücken/BRD zur Aufgabe gebracht. Er trägt den Absender (Pseudonym)

"[redacted] [redacted]
Sittersweg [redacted]
6600 Saarbrücken".

AT 1

Der Tatbrief enthält Morddrohungen gegen den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR bei einer Reise in die BRD, die in hetzerische und diffamierende Äußerungen eingebettet sind. Der Schreiber äußert zu seiner Person, daß er im Jahre 1973 gemeinsam mit seiner Familie aus der DDR "geflüchtet" sei.

Nach visueller und inhaltlicher Bewertung ist der Brief dem im OV "SAAR" bearbeiteten pseudonymen Schreiber aus dem Operationsgebiet BRD - Saargebiet - zuzuordnen.

2. Ergebnisse bisheriger politisch-operativer Maßnahmen

2.1. Ergebnisse der kriminaltechnischen Untersuchung des 6. Tatbriefes bei OTS/Abteilung 32

Auf der Grundlage der Untersuchung des Tatbriefes mit den Absendern "[redacted]" und "[redacted]" (5. und 6. Tatbrief) durch OTS/Abteilung 32 wird in der Expertise (Nr. 87.0091) festgestellt, daß die systembestimmenden Merkmale der benutzten Schreibmaschine übereinstimmen.

Da in allen vorliegenden Tatbriefen keine spezifischen Merkmale festgestellt wurden, die Speichelspuren wie bei den vorhergehenden Briefen ebenfalls auf eine männliche Person mit der Blutgruppe 0 (bzw. Nonsekretor) hindeuten, kann nicht ausgeschlossen werden, daß alle vorliegenden Briefe auf ein und derselben Schreibmaschine



In einem Sachstandsbericht zum OV „Saar“ vom 22.1.1987 fasste die Stasi ihre Ermittlungen zu den Morddrohungen eines Briefeschreibers aus dem Saarland gegen Honecker zusammen.
BArch, MfS, HA XXII, Nr. 1426, Bl. 43 (Auszug)

Aufgrund der Hinweise ermittelte die Stasi über 100 mögliche Täter. Die meisten schloss sie nach kurzen Überprüfungen aus, aber zu einigen ermittelte sie intensiver: So schickte sie z. B. einen IM in eine Neunkirchner Gaststätte, um zu überprüfen, ob die dortige Speisekarte mit der gleichen Schreibmaschine wie die Drohbriefe geschrieben worden war.³⁴ Da der Verfasser anlässlich des Honecker-Besuchs nicht in Erscheinung trat, gab das MfS seine Suche 1988 auf. Es glaubte, der Schreiber habe die Vergeblichkeit seines Tuns eingesehen. Im Jahr 1989 schrieb der Verfasser allerdings erneut, einmal im Juli und dann am 18.10. – dem Tag des politischen Sturzes von Erich Honecker.³⁵ In beiden Briefen warnte der Schreiber Honecker davor, sich in Wiebelskirchen zur Ruhe setzen zu wollen: „Du wirst [...] für deine letzten Tage in einer polizeilich abgeschirmten Festung in Unfreiheit leben müssen“.³⁶

Grundsätzlich stand das MfS den Zusagen westdeutscher Behörden zur Gewährleistung der Sicherheit Honeckers und seiner Delegation skeptisch gegenüber. Es zweifelte an deren Fähigkeit, extremistische Kräfte unter Kontrolle zu halten: „Was von [den] Versicherungen [der BRD-Sicherheitsbehörden] zu halten ist, bedarf sicherlich keines Kommentars, auch wenn wir ihnen nicht unterstellen, Handlungen derartiger Kräfte bewusst zu tolerieren.“³⁷ Die Stasi fasste den Begriff „extremistisch“ allerdings auch sehr weit: So zählte sie z. B. die IGfM, die AG 13. August oder die Junge Union dazu.³⁸

Das MfS stellte mit Unbehagen fest, dass alle diese Organisationen planten, während des Honecker-Besuchs auf Missstände in der DDR hinzuweisen – vor allem auf die fehlende Reisefreiheit. Die Stasi sammelte im Vorfeld alle möglichen Informationen über geplante Proteste und Demonstrationen, konnte aber nur wenig Einfluss auf die Aktionen nehmen. So verwies das Bundeskriminalamt (BKA) in einer Besprechung mit DDR-Vertretern erneut auf die Meinungsfreiheit: Man könne das Entrollen von Transparenten, Rufe oder das Winken mit Fahnen



↑
Von der „Jungen Union“ aufgebaute symbolische Mauer in Dillingen, September 1987. Das Bild stammt aus dem Nachrichtenbeitrag eines westdeutschen Senders über den Honecker-Besuch. Die Stasi fotografierte es vom Fernseher ab.
BArch, MfS, ZKG, Fo, Nr. 67, Bild 13

nicht untersagen. Es wurde jedoch zugesichert einzuschreiten, wenn Honecker oder die DDR bei Protesten beleidigt würden.³⁹

Das MfS und die westdeutschen Sicherheitsbehörden stimmten darin überein, dass Honeckers Besuch in Wiebelskirchen und in Neunkirchen der schwierigste Teil ihrer Aufgabe war: Immer wieder legte der Staatsratsvorsitzende dort kurze Strecken zu Fuß zurück und traf außerdem zahlreiche Leute. So waren 400 Personen aus dem Saarland zu einem Empfang für Honecker ins Neunkirchner Bürgerhaus eingeladen.

Das BKA fürchtete vor allem außerplanmäßige Stopps des DDR-Autokonvois, z. B. weil Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) oder Anwohner Honecker begrüßen wollten. Gemeinsam mit dem MfS war es der Meinung, dass solche Halte unter allen Umständen zu vermeiden seien. Darüber hinaus musste mit dem Presseansturm und einem in Wiebelskirchen geplanten Friedensfest der DKP umgegangen werden. Um Honecker eine gewisse Privatheit zu ermöglichen, wurde

ZAIG 17.49271 87. Nr. 106
aus Dok. 4018

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Cottbus, 03. 09. 1987
Tgb.Nr./AKG/ 981/87

BSTU
0117

Ministerium für Staatssicherheit
ZAIG, Bereich 1,
Leiter

MTC	
- 327 -	
04 SEP 1987	
Tgb. Nr. 11629	
Wetterort: BL-1	

2
(W. Behr)

Information "Dialog 87"

Durch eine Quelle der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Cottbus aus dem Operationsgebiet wurden weitere Informationen zu der von der IGfM, Arbeitsgruppe Westberlin, der Jungen Union Westberlin, der "Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V." und anderen feindlichen Kräften geplanten Provokation während des für den 10. 09. 1987 vorgesehenen Aufenthaltes des Genossen Erich Honecker in Neunkirchen-Wiebelskirchen bekannt.

Bisher sollen etwa 20 Mitglieder und Sympathisanten der IGfM, Arbeitsgruppe Westberlin, ihre Teilnahme an der Fahrt nach Wiebelskirchen erklärt haben. Über die Anzahl der Teilnehmer von Mitgliedern der Jungen Union und der "Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V." liegen keine Hinweise vor. Die Fahrt soll am 09. 09. 1987, 23.00 Uhr mit dem Bus im Transit durch die DDR erfolgen.

Für den 10./11. 09. 1987 ist auf dem Marktplatz in Neunkirchen-Wiebelskirchen der symbolische Aufbau "Kleine DDR" geplant. (siehe Anlage 1)

Auf einer Grundfläche von 50 m² soll eine mit Stacheldraht versehene Mauer von 2 m Höhe errichtet werden, die einen Käfig umrahmt. Es ist vorgesehen, daß im Käfig sitzende ehemalige "politische Gefangene der DDR", welche Häftlingsbekleidung tragen, über Megaphone auf ihre Schicksale aufmerksam machen und Forderungen an Genossen Erich Honecker richten. Bewacht werden soll die "Kleine DDR" durch in originalgetreu nachgebildete Uniformen der NVA gekleidete Personen.

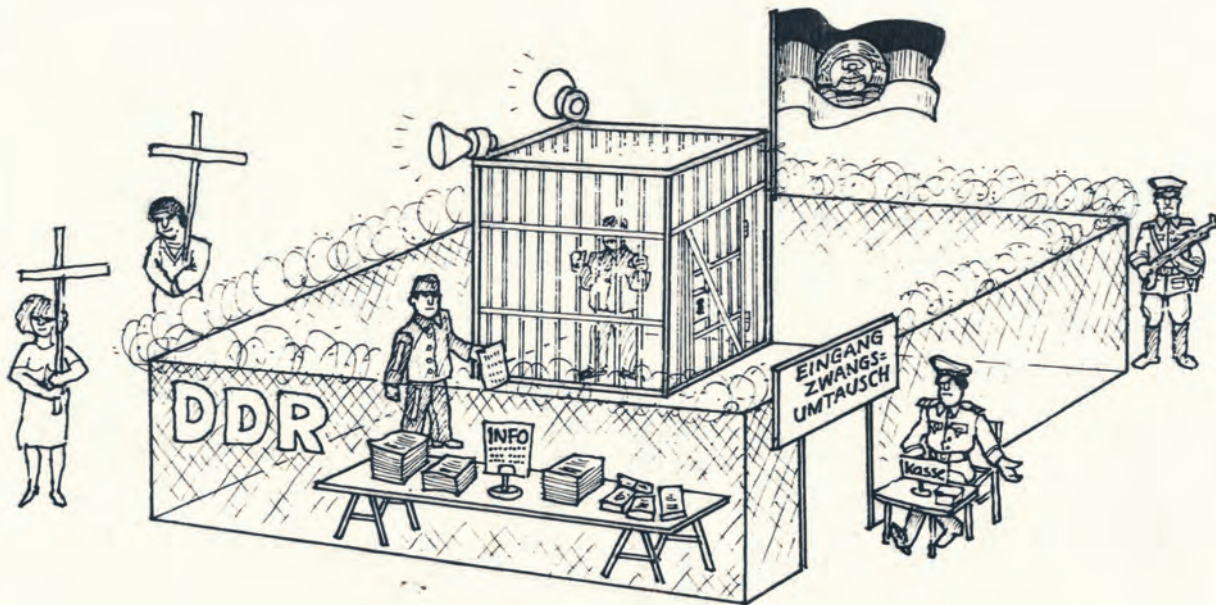
Während des Besuches Erich Honeckers sollen Filme und Dias über den Mauerbau an die symbolisch errichtete Mauer projiziert und verschiedene Informationsmaterialien verteilt werden. Das Anbringen großer Plakate und Transparente, mit Losungen, wie

"Die Mauer muß weg"
"DDR = 5000 politische Gefangene"



Information der BV Cottbus vom 3.9.1987 über die geplante Protest-Veranstaltung der IGfM in Wiebelskirchen mit Konzept-Zeichnung zur „kleinen DDR“

BArch, MfS, ZAIG, 11482 Bd. 2, Bl. 117, 396 (Auszug)



die Kuchenbergstraße, in der seine Schwester wohnte, weiträumig abgesperrt. Dasselbe galt für den Friedhof, auf dem Honecker das Grab seiner Eltern besuchte. Zur Erhöhung der Sicherheit unterstützten zudem Polizisten aus anderen Bundesländern die Saarländer Kolleginnen und Kollegen.⁴⁰

→ Am 9. September fand schon kurz vor der Ankunft der DDR-Delegation im Saarland eine erste Demonstration in Dillingen statt. Mitglieder der Jungen Union bauten eine symbolische Mauer von acht Metern Länge im Stadtzentrum auf und zeigten später Transparente mit der Aufschrift „Erich, die Mauer steht im Weg“.⁴¹

Die Nachwuchsorganisation der CDU beteiligte sich auch an einer Aktion am 10. und 11. September, welche die West-Berliner IGfM-Gruppe erdacht hatte. Sie plante unter dem Motto „Honni kommt – wir auch!“⁴² eine „Begrüßungsveranstaltung“ für den Staatsratsvorsitzenden in Wiebelskirchen, bei der für Menschenrechte in der DDR demonstriert werden sollte. Herzstück der Aktion war der Aufbau einer

„kleinen DDR“: Ehemalige politische Gefangene aus der DDR sollten in Häftlingsuniformen in einem Käfig auf einer mit Mauer und Stacheldraht umzäunten Fläche sitzen. Mit Megafonen sollten sie auf ihre Schicksale hinweisen und Forderungen an Honecker stellen. Das Ganze sollte von als Grenzsoldaten verkleideten Personen bewacht werden.⁴³

Die Stasi wollte die westdeutschen Behörden dazu bringen, die Aktion „wegen des verleumderischen und diskriminierenden Charakters“⁴⁴ zu unterbinden. Sie scheiterte damit aber. Die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik legten lediglich Wert darauf, dass die Veranstaltung nicht auf dem Marktplatz stattfand, sondern in der Fußgängerzone – also außerhalb der Sicherungszone. Damit stand der Realisierung der Veranstaltung nichts mehr im Weg. Die Aktion sorgte im Ort für viel Aufsehen und machte nach Angaben der Veranstalter etwa 2 000 Menschen auf die Zustände in der DDR aufmerksam.⁴⁵



↑
 Hans Eckert entrollte mit einem Bekannten ein Protestplakat vor dem Elternhaus Erich Honeckers in Wiebelskirchen, September 1987.
 Fotograf: Brunner, Florian

→ Auch über die von „Feindorganisationen“ geplanten Proteste war die Stasi gut informiert, allerdings gab es auch Aktionen, die unter ihrem Radar blieben. So hatte im Vorfeld des Besuchs der Saarbrücker Lehrer Hans Eckert mit einem großflächigen Transparent für mehr Freiheit in der DDR protestiert: Er hatte es gemeinsam mit einem Bekannten vor dem Elternhaus Honeckers entrollt. Es erinnerte an die Mauertoten und wandte sich direkt an Honecker: „Vorm Geburtshaus eine Mauer, ach, das wäre gar nicht fein! Erich, Erich, reiß die Mauer in der Hauptstadt wieder ein.“⁴⁶

Von den beschriebenen Aktionen bekam Honecker nichts mit. Anders verhielt es sich mit Protesten, die es im unmittelbaren Umfeld des Besuchs bei seiner Schwester in der Kuchenbergstraße und vor dem Bürgerhaus von Neunkirchen gab. Zahlreiche Schaulustige hatten sich entlang der Fahrtstrecke des Auto-Konvois versammelt, darunter auch DKP-Mitglieder mit roten Fahnen und „Glück auf, Erich“-Transparenten. Zudem demonstrierten aber auch 20 ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger bei Honeckers Elternhaus mit einem Transparent für die Abschaffung des § 213 – also des Paragraphen über „Republikflucht“ aus der DDR.⁴⁷ Auf den kurzen Besuch bei seiner Schwester und auf dem Friedhof folgte der abendliche Empfang im Neunkirchner Bürgerhaus.



Bei der Fahrt der Auto-Kolonne von Erich Honecker durch Wiebelskirchen säumten zahlreiche Schaulustige die Strecke. DKP-Mitglieder begrüßten den Staatsratsvorsitzenden mit roten Fahnen und Plakaten, 10. September 1987.

BArch, Bild 183-1987-0910-047, Fotograf: Mittelstädt, Rainer

Bei der Ankunft dort wurde Erich Honecker von Oberbürgermeister Peter Neuber (1937–2013) und der Wiebelskirchner Schalmeyenkapelle begrüßt. Der Staatsratsvorsitzende hatte dieser in seiner Jugend selbst angehört und war seit 1971 Ehrenmitglied.⁴⁸ Zugleich demonstrierten etwa 150 Personen bei der Ankunft Honeckers mit Sprechchören: „Die Mauer muss weg“. Außerdem gab es Plakate, die Reisefreiheit für Familienangehörige und „Menschenrechte für alle Deutschen“ forderten bzw. feststellten: „Menschenrechte sind unteilbar“. Einige Demonstranten trugen Holzkreuze mit den Namen von Maueropfern und zudem waren auch „Mörder, Mörder“-Rufe zu hören.⁴⁹ Die Veranstaltung im Bürgerhaus, mit dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt, verlief dann ohne Proteste. Die dort von Honecker gehaltene Rede sorgte allerdings für wilde Spekulationen in den Medien. An deren Ende hatte er betont, dass der Tag käme, „an dem Grenzen uns nicht trennen, sondern Grenzen

uns vereinen“.⁵⁰ Einige westdeutsche Zeitungen verstanden dies als Hinweis auf die nationale Einheit Deutschlands, andere lediglich als Zeichen einer leichten Annäherung und manche gar als Streben nach zwei deutschen Staaten unter sowjetischer Vorherrschaft.

Die Stasi verfolgte das Echo der westdeutschen Medien und der internationalen Presse auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik genau. Sie kopierte Zeitungsberichte, protokollierte Radio- und Fernseh-Beiträge sowie Agenturmeldungen.⁵¹ Darüber hinaus schnitt das MfS auch Fernsehnachrichten mit. Interessante Szenen hielten die Stasi-Mitarbeiter fotografisch fest, so z. B. die von der Jungen Union errichtete symbolische Mauer und die Proteste vor dem Neunkirchner Bürgerhaus. Teilweise leitete das MfS Untersuchungen auf dieser Grundlage ein, z. B. überprüfte es, für welche DDR-Bürgerinnen und -Bürger Protestierende Ausreiseforderungen stellten.⁵²



↑
Erich Honecker (r.) mit seiner Schwester (l.) in Wiebelskirchen im Garten hinter dem gemeinsamen Elternhaus, 10. September 1987
picture-alliance/Zentralbild, ZB/Archiv



↑
Honecker wurde vor dem Bürgerhaus Neunkirchen von Oberbürgermeister Peter Neuber (r.) und der Schalmeienkapelle aus Wiebelskirchen begrüßt. Der Staatsratsvorsitzende gehörte ihr in seiner Jugend selbst an, 10. September 1987.
Bundespresseamt, B 145 Bild-00016874, Fotograf: Reineke, Engelbert

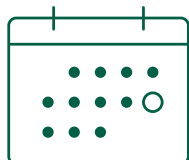
Das MfS sammelte nicht nur Zeitungsartikel über den Besuch Erich Honeckers in der BRD, sondern zeichnete auch TV-Nachrichtensendungen auf und wertete sie anschließend aus. Hier ein vom Fernseher abfotografiertes Bild einer Demonstration während des Honecker-Besuchs in Neunkirchen.
BArch, MfS, ZKG, Fo, Nr. 67, Bild 9



Wie unterschiedlich die Medien der DDR und der Bundesrepublik den Besuch darstellten, verdeutlichen die Bilder der Fotografen, welche die Reise im Auftrag der beiden deutschen Regierungen begleiteten. Die Aufnahmen von Rainer Mittelstädt (*1944), dem Cheffotografen der DDR-Nachrichtenagentur sollten vor allem zeigen, wie begeistert Erich Honecker in seiner Heimatstadt empfangen wurde. Zudem hielt er auch den Besuch bei der Schwester und am Grab von Honeckers Eltern fest, bei dem keine Vertreter westlicher Medien dabei sein durften. Die Bilder des Fotografen des Bundespresseamts, Engelbert Reineke (*1939), zeigen dagegen eine gemischte Stimmung: Neben der freundlichen Begrüßung des Staatsgasts durch die Bevölkerung werden auch Demonstrierende und Proteste nicht ausgelassen.⁵³

Die Stasi zog nach dem Besuch Honeckers ein positives Fazit und stufte die Aktion „Dialog“ als Erfolg ein. Die Reise habe die deutsch-deutschen Beziehungen verbessert und somit zu Frieden und Stabilität in Europa beigetragen. Die Sicherheit Honeckers und seiner Begleiter sei jederzeit gewährleistet gewesen. Es habe keine ernsthaften Beeinträchtigungen der Reise gegeben. Die Proteste hatten nach Ansicht der Stasi nicht so viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt, wie zunächst von ihr befürchtet. Über die westdeutschen Sicherheitsbehörden äußerte sich das MfS sogar verhalten positiv: Größere Konfrontationen hätten diese verhindert. Das grundlegende Unverständnis für die Meinungsfreiheit blieb jedoch: Die Behörden der Bundesrepublik hätten „entsprechend ihren ‚Freiheits‘-Auffassungen – kein generelles Vorgehen gegen andere Störmaßnahmen“ in die Wege geleitet.⁵⁴

September 1987



Historisch:
Honecker-Besuch in der BRD

SSc

Die Überwachung der Universität des Saarlandes

Die Karl-Marx-Universität in Leipzig und die Universität des Saarlandes in Saarbrücken hatten die erste deutsch-deutsche Hochschulpartnerschaft geschlossen und damit den Beziehungen zwischen dem Saarland und der DDR ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Der Abschluss dieser Hochschulpartnerschaft wurde bereits durch das Anfang Mai 1986 abgeschlossene Kulturabkommen möglich. In diesem wurde in Artikel 2 beschlossen, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen West- und Ostdeutschland zu fördern.

Als der Rektor der Universität Leipzig Lothar Rathmann (1927–2022) und sein Amtskollege von der Universität des Saarlands Richard Johannes Meiser (1931–1995) im Juli 1987 die Vereinbarung feierlich unterzeichneten, konnte vermutlich keiner der beiden ahnen, dass die Universität des Saarlandes für das MfS zu den „Hauptobjekten des Feindes“ zählte, die überwacht und bekämpft werden mussten.



↑
Feierliche Vertragsunterzeichnung mit dem Rektor der Universität Saarbrücken Richard Johannes Meiser (3. v. l.) und dem Rektor der Universität Leipzig Lothar Rathmann (4. v. l.), Alter Senatssaal der Universität Leipzig, 3. Juli 1987
Universitätsarchiv Leipzig, ZFF 4988 02, N 12



↑
Geselliger Abend in Auerbachs Keller mit Gästen der Universität des Saarlandes, 3. Juli 1987
Universitätsarchiv Leipzig, ZFF 4988 02, N 05

VVS

A 44/74 51 . Ausf.
31.7.1974 3 Blatt

Absender	Empfänger
MfS/HV A/ Stab	a XV b
	c d

Unterschrift/Datum/Uhrzeit

a **BSTU**
0001

b

c

d

Betreff Dienstanweisung 5/71 über die systematische operative Bearbeitung von Universitäten und Hochschulen im Operationsgebiet (Fassung v. 1.8.1974)

Inventur abgestimmt

19 74	Servant	12.3.75	19 79	13.2.80	Pu.
19 75	Servant	15.3.76	19 80	18.3.81	Pu.
19 76	Servant	28.3.77	19 81	29.3.82	Pu.
19 77	Servant	4.4.78	19 82	22.3.83	Pu.
19 78	Servant	6.3.79	19 83	2.7.84	Pu.

K 821 1071 300.0

84: 4.7.85 Pu. / 86: 4.12.86 Pu. / 88: 23.11.88 Pu.
85: 14.11.85 Pu. / 87: 17.11.87 Pu.



In der Dienstanweisung 5/71 legte Stasi-Minister Erich Mielke fest, mit welchen Zielen westdeutsche Universitäten und Hochschulen überwacht werden sollten.
Karteikarte zur Dienstanweisung 5/71; BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 1427, Bl. 1

Zwei zentrale Absichten verfolgte das MfS mit seiner Hochschulspionage: Man wollte die Forschungsergebnisse aus den Naturwissenschaften, der Militärtechnik, aber auch den Wirtschafts- und Politikwissenschaften abschöpfen, also klassische Wissenschaftsspionage betreiben.

Und zugleich sah das MfS in den bundesdeutschen Hochschulen einen „Hort politischer Indoktrination“ sowie einen Sammelpunkt für die zukünftigen Eliten der BRD, auf die man versuchte, Einfluss zu gewinnen.⁵⁵ Zuständig dafür war die Hauptverwaltung A (HVA) der Stasi. Sie und die ihr angegliederten Abteilungen XV in den regionalen Stasi-Bezirksverwaltungen waren für die gesamte Auslandsspionage und damit auch für die westdeutschen Hochschulen zuständig.

Gelingen sollte die Überwachung, so regelte es die Dienstanweisung 5/71, mit der Schaffung von sogenannten Stasi-Stützpunkten in westdeutschen Universitätsstädten. Von dort aus sollten wiederum „Perspektiv-IM“ und „Einschleusungskandidaten“ angeworben werden. Hierunter verstand das MfS Studierende, die während ihres Studiums als Spione rekrutiert und – wie die Stasi hoffte – später in strategisch bedeutenden Bereichen eingesetzt würden. Die Stasi wollte auf diese Weise Zugang zu bundesdeutschen Verwaltungen, Ministerien und Parteien erhalten.⁵⁶ Besonders im Visier hatte sie dabei die DDR- bzw. Ostforschung, also Institute und Lehrstühle, die sich mit der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung in der DDR beschäftigten.

- 4 -

1. Austauschblatt
VVS MfS 198/A 44/74
Ex.-Nr. 51BSTU
0006Anlage

Mit der operativen Bearbeitung der Universitäten und Hochschulen werden folgende Dienstseinheiten beauftragt:

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Objekt</u>	<u>federführende DE</u>
1	Aachen TH	HV A/XV
2	Augsburg	Suhl/XV
3	Westberlin FU	Berlin/XV Potsdam/XV
4	Westberlin TU	Berlin/XV Potsdam/XV Neubrandenburg/XV
5	Bonn	HV A/I
6	Braunschweig TU	HV A/XIII
7	Bremen	Schwerin/XV
8	Dortmund	Frankfurt/Oder/XV
9	Düsseldorf	Karl-Marx-Stadt/XV
10	Erlangen-Nürnberg	HV A/XIII Gera/XV
11	Frankfurt/Main	Cottbus/XV
12	Göttingen	HV A/XI
13	Hamburg	HV A/II Rostock/XV
14	Hannover	Magdeburg/XV
15	Heidelberg	HV A/XI
16	Karlsruhe TH	Dresden/XV
17	Köln	HV A/I
18	Mainz	HV A/I HV A/IV
19	Marburg	HV A/XI Halle/XV
20	München	HV A/II HV A/IX
21	München TU	HV A/XV
22	Münster	Leipzig/XV
23	Saarbrücken	HV A/XII
24	Stuttgart	HV A/XIV
25	Würzburg	Erfurt/XV



In einem Anhang zur Dienstanweisung ließ Erich Mielke auflisten, welche Einrichtungen im Fokus lagen und welche Dienstseinheit (DE) zuständig war.

Anhang zur Dienstanweisung 5/71; BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), BdL, Nr. 1427, Bl. 6

Leider sind die Unterlagen der HV A fast vollständig vernichtet worden, sodass die gesamten Ausmaße der Westspionage im Wissenschaftsbereich nie aufgeklärt werden können. Jedoch lassen sich Stasi-Akten finden, die zeigen, dass auch die Universität des Saarlandes bzw. ihre Lehrenden und Studierenden unter Beobachtung der Stasi standen.

→ An der Saar-Universität lehrte ab Ende der 1960er-Jahre Prof. Dr. Brühl.⁵⁷ Er besuchte ab Mitte der 1970er-Jahre regelmäßig mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Studierenden aus den Fachbereichen Jura und Soziologie die Leipziger Messen. Als die Gruppe 1983 zur Leipziger Frühjahrsmesse einreisen wollte, wurde sie einer eingehenden Kontrolle unterzogen. Die Stasi-Mitarbeiter aus Leipzig notierten sich die Personalien, die Reisepassnummern sowie das Autokennzeichen der Universitätsangehörigen und gaben diese an die HV A nach Berlin weiter.

Obwohl es bei der Zollkontrolle der saarländischen Besuchergruppe nichts zu beanstanden gab, verlangte die HV A weitere und genauere Informationen von den Leipziger Genossen.⁵⁸ Wenige Monate später zeigte sich auch warum: Im Mai 1983 teilte die HV A den Leipziger Kollegen mit, dass der Professor am „Institut für Innerdeutsche Beziehungen der

Universität des Saarlandes“ tätig sei. Er gelte als „äußerst reaktionär und antikommunistisch“, außerdem nutze er seine „Leipzig-Reisen zur Hetze gegen die DDR“.⁵⁹ Angeblich solle er Fotos von „auffälligen Gebäuden“ in Leipzig und „Schutthalden“ angefertigt haben, die er dann „mit entsprechenden Texten“ in seiner Universität ausgehängt habe.

Die HV A informierte außerdem, dass der Professor auch die Studierenden in seine DDR-kritischen Aktionen eingebunden hätte: So sollten diese nach ihrem Leipzig-Besuch einen „Reisebericht“ verfassen, indem sie ihre Eindrücke z. B. von Gesprächen mit DDR-Bürgerinnen und -Bürgern festhalten sollten. Außerdem, so wollte die Stasi wissen, hatten sich die Studierenden auch die Namen und Anschriften ihrer Gesprächspartnerinnen und -partner notiert.⁶⁰

Dies alles musste die Stasi alarmieren: Denn ganz allgemein und zu den Messen in Leipzig ganz besonders galt es, keinerlei negative Presse über die DDR und die SED zuzulassen. Ein westdeutscher Professor, der die auffällige Leipziger Altstadt fotografierte, und Studierende, die Gespräche mit DDR-Messebesuchenden führten und dabei vielleicht etwas über Missstände und Probleme in der DDR erfuhren, wollte die Stasi unbedingt verhindern.

So war dann das Schreiben der HV A an die Leipziger Stasi auch nicht nur eine einfache Information, sondern eine dringende Handlungsempfehlung: Sollte zur nächsten Messe wieder eine Gruppe Studierender von der Saar-Universität einreisen wollen, dann müssten diese streng bewacht werden, um möglichen Schaden von der DDR abzuwenden.

Woher aber hatte die Stasi ihre Informationen über Professor Brühl und seine Studierenden?



Einfahrt zum Universitätscampus in Saarbrücken, um 1990.
Universitätsarchiv Saarbrücken

BStU
000027²

Erkenntnisse zur Organisierung feindlicher Kontakttätigkeit in die DDR durch das Institut für Innerdeutsche Beziehungen der Universität des Saarlandes. - Saarbrücken - BRD

Aus zuverlässiger Quelle wurde folgendes bekannt:

Seit mindestens Mitte der 70er Jahre organisiert der BRD-Wissenschaftler

Prof. Dr. Brühl

der
Universität des Saarlandes

unter interessierten Studenten Reisen zu den Leipziger Messen. Die Teilnehmerzahl ist nicht beschränkt. In Vorbereitung einer organisierten "Studienreise" von Studenten der genannten Universität zur Leipziger Frühjahrsmesse 1983, die im Auftrag des Instituts für Innerdeutsche Beziehungen der Universität des Saarlandes und unter der Leitung von Brühl und seines Mitarbeiters, (), wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität des Saarlandes), durchgeführt wurde, erfolgte eine detaillierte Einweisung der Teilnehmer. Die Studenten wurden vor eventuellen Kontaktaufnahmen durch das MfS gewarnt und aufgefordert, bei durch DDR-Bürger initiierten Gesprächen nicht abweisend zu reagieren, sich die Argumente anzuhören, aber auf keine weiteren Vereinbarungen mit diesen Gesprächspartnern einzugehen. Jeder Teilnehmer dieser "Studienreise" wurde verpflichtet, nach seiner Rückkunft in Saarbrücken einen Reisebericht abzugeben. Dieser Bericht soll neben anderen Erkenntnissen Namen, Anschriften und Einschätzungen der kontaktierten DDR-Bürger enthalten. Nach Abgabe des Berichtes erhalten die Studenten die im Zusammenhang mit Kontakten zu DDR-Bürgern entstandenen Auslagen vom o.g. Institut zurück. Außerdem findet zur Auswertung dieser Reise eine Zusammenkunft aller Teilnehmer statt. An der Reise zur LFM '83 nahmen ca. 15 Studenten der Universität Saarbrücken, vorwiegend aus den Fachrichtungen Soziologie und Jura, teil.

Unter den Studenten des Fachbereiches Soziologie an der Universität Saarbrücken ist bekannt, daß der Brühl äußerst reaktionär und antikommunistisch eingestellt ist. Aufgrund des diskriminierenden Verhaltens des Brühl gegenüber linken Studenten wurde von progressiven Studenten Flugblattaktionen gegen Brühl organisiert. Brühl nutzt die Leipzigreisen zur Hetze gegen die DDR, indem er Fotos bzw. Dia's von auffälligen Gebäuden, abwegigen Orten, Schutthalden usw. in Leipzig anfertigt und diese dann mit entsprechenden Texten für Wandzeitungen im Fachbereich Soziologie verarbeitet. Es ist weiter bekannt, daß Brühl mit feindlichen Organen in Verbindung steht und in den 70er Jahren Forschungsaufträge der BRD-Polizei am Fachbereich durchführte.



Die Hauptverwaltung A fasste ihre Erkenntnisse zu Prof. Brühl und seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern in einem Kurzbericht zusammen und leitete diese Informationen an die für die Überwachung zuständige Bezirksverwaltung Leipzig weiter.

BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 27 (Auszug)

→ Wie erwähnt war die HVA bestrebt, in den Universitätsstädten der Bundesrepublik Stasi-Stützpunkte zu errichten, von denen aus inoffizielle Mitarbeiter, also Spione, rekrutiert werden sollten. Tatsächlich war es der Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig im Jahr 1983 gelungen, mit einem jungen Studenten der Saar-Universität in Kontakt zu treten.

Laith stammte aus Jordanien und hatte zunächst am Herder-Institut an der Universität Leipzig seine Deutschkenntnisse erweitert, später dann in Rostock studiert.⁶¹ Aus politischen Gründen musste er sein Studium in der DDR beenden und setzte dieses ab 1982 am Campus Homburg der Universität des Saarlandes fort.

BV für Staatssicherheit
Abteilung XV

Leipzig, 18. Juli 1983
tro-ph

BStU
000032

Zusammenfassender Treffbericht über Treffs mit "Pfleger"
vom 2. - 5. 6. 83

IM/OG: "Pfleger"
IM/DDR: "Jana"
MA: Hptm. Lange, Hptm. Trolle
Ort: KO "Metropol"
Zeit: 2. 6., 13.45 - 19.00 Uhr, 3. 6., 15 - 20 Uhr,
5. 6., 11 - 13 Uhr

1. Zu Beginn des Treffs stellte sich sofort eine herzliche Atmosphäre ein. "Pfleger" machte zumindest den Eindruck, erfreut zu sein, uns wiederzusehen. Einleitend berichtete "Pfleger" über die Situation im Studium. Er hat seit dem letzten Treff nicht allzuviel für seine fachliche Ausbildung getan, da er intensiv an der Vorbereitung der Wahlen zum Studentenparlament (20. - 24. 6. 83) beteiligt war.

Er ist als "unabhängiger" Kandidat der Fachschaft [REDACTED] aufgestellt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach das erste ausländische Asta-Mitglied in der Geschichte der Universität. Es gibt ein Wahlbündnis aus "Unabhängigen", Grünen und der SDAJ. Mit ihm gemeinsam kandidiert ein Mädel aus der "Juristen-Familie", die sich in ihn verliebt hat. Deren Schwester ist mit dem Vorsitzenden der CDU in H. verheiratet.

Durch Berichte von ihr und ihrer Brüder über "Pfleger" ist der CDU-Vorsitzende auf ihn aufmerksam geworden. Kurze Zeit darauf wurde "Pfleger" gebeten, in der "Saarbrücker Zeitung" einen Artikel zu Problemen ausländischer Studenten zu veröffentlichen, was auch geschehen ist. Der Artikel ist sehr sympathisch und politisch "glatt". Als Reaktion darauf erhielt "Pfleger" eine schriftliche Einladung vom Geschäftsführer der CDU-Fraktion des Stadtparlamentes H., mit einem Unterstützungsangebot für seine gesellschaftliche Arbeit. Ein inhaltlich gleichlautendes Schreiben erhielt er auf diesen Artikel hin von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken. Da diese Zusammenhänge erst während des Treffs erarbeitet wurden und er bis dahin die Ursachen für die Schreiben nicht durchschaute, wußte er nicht, wie er sich verhalten sollte.

Es wurde festgelegt:

- sowohl mit dem CDU-Geschäftsführer als auch mit der F.-Ebert-Stiftung werden Gespräche geführt mit dem Ziel, echte Unterstützung zu erreichen.
- Zielstellung und Methodik der Gesprächspartner werden aufgeklärt und "Pfleger" betreibt unabhängig vom konkreten Gesprächsergebnis gezielte Kontaktfestigung und stellt sich als "förderungswürdig" dar.



Um der Stasi zu berichten, traf sich „Pfleger“ mit seinem Führungsoffizier Hauptmann Trolle im konspirativen Objekt (KO) „Metropol“ – eine Art geheimer Treffort. Hauptmann Trolle fasste die Treffen, die an mehreren Tagen Anfang Juni 1983 stattgefunden hatten, in einem Treffbericht zusammen. BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 32 (Auszug)

Die Stasi war auf Laith aufmerksam geworden, weil seine Freundin – eine Studentin der Universität in Leipzig – als IM „Jana“ mit ihr zusammenarbeitete. Laut seiner nur in Teilen überlieferten Stasi-Akte hatte er keine Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit dem MfS und stimmte sofort zu.

An der Universität des Saarlandes gelang es ihm, innerhalb kurzer Zeit Fuß zu fassen. Er kandidierte als unabhängiger Kandidat und wurde zum Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses gewählt. Dies war vor ihm noch keinem ausländischen Studenten gelungen. Deshalb berichtete die Saarbrücker Zeitung über ihn, die CDU-Fraktion des Stadtparlaments Homburg nahm daraufhin Kontakt mit ihm auf und bot ihm, ebenso wie später auch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Unterstützung an.⁶²

Die Stasi konnte über diese Wendung nicht glücklicher sein, erhoffte sie sich dadurch doch wertvolle Informationen aus politischen Kreisen. IM „Pfleger“ – so schien es – hatte nun genau die Zugänge, die Informationen versprochen. Darüber hinaus hatte er engeren Kontakt mit einer Studentin, die mit dem Gedanken spielte, CDU-Mitglied zu werden und von der die Stasi hoffte, sie als „Perspektiv-IM“ gewinnen zu können. Die Stasi gab ihr den Decknamen „Blume“.

In den folgenden Wochen nahm „Pfleger“ mehrere Einladungen der Homburger CDU an, sodass es ihm gelang, eine Vielzahl an neuen Bekanntschaften zu schließen. Über seine Arbeit im Studentenausschuss kam er schließlich auch in Verbindung zu Mitgliedern der SPD-Jugendorganisation. Diese boten ihm an, gemeinsam an einer SPD-Veranstaltung teilzunehmen und ihn sogar mit Oskar Lafontaine bekanntzumachen.⁶³

Und auch innerhalb der Universität war „Pfleger“ umtriebig und knüpfte zahlreiche Verbindungen. Ab September 1984 war er z. B. Mitglied im Promotionsausschuss seines Fachbereiches und unterhielt durch seine Tätigkeit im Studentenparlament Kontakt zum Rektor der Universität.⁶⁴

Nur wenige Wochen später übermittelte die HV A ihren umfassenden „Informationsbedarf [zur] Universität des Saarlandes“ an „Pfleger“. Demnach wollte sie in erster Linie über politische Gruppierungen und Personen, die im studentischen Parlamentarismus eine Rolle spielten, informiert werden, aber auch über Friedens- und Anti-Atom-Gruppen. Erst danach finden sich auch Projekte und Forschende aus der China- und Osteuropaforschung sowie Abfragen zu einzelnen Personen, die als „DDR-feindlich“ oder „reaktionär“ galten – unter ihnen befand sich auch jener Professor Brühl, den die Stasi wegen seiner Studienreisen nach Leipzig im Visier hatte.⁶⁵

Ein halbes Jahr später brachte „Pfleger“ dann verschiedene Unterlagen nach Leipzig zu einem Treffen mit seinem Führungsoffizier. Die Materialien dürften allerdings nicht den Erwartungen der Stasi entsprochen haben. Denn „Pfleger“ hatte vor allem Wahlprogramme, Sitzungsprotokolle des Studentenparlaments sowie den Entwurf zum Haushaltsplan der Uni mitgebracht. Weder lieferte er die geforderten Informationen über die politischen Gruppen und Professoren, noch konnte er nähere Aussagen über die China- oder die Osteuropaforschungsprojekte präsentieren.⁶⁶

Nicht nur die Qualität der gelieferten Informationen ließ in den Augen der Stasi zu wünschen übrig, auch die persönlichen Lebensumstände Laiths entsprachen nicht den Vorstellungen des MfS. Seine Fernbeziehung zu seiner Leipziger Freundin belastete ihn zunehmend. Hinzu kamen finanzielle Probleme, die dazu führten, dass er sein Studium vernachlässigte und zeitweise ganz aussetzte. Dadurch war er immer seltener an der Universität und ließ auch den Kontakt zu „Blume“, die er für das MfS anwerben sollte, einschlafen.

„Pfleger“ hatte allerdings noch einen Trumpf im Ärmel, denn er hatte einen Mitarbeiter des saarländischen Innenministeriums kennengelernt. Dieser Ministerialbeamte wurde von der Stasi „Muster“ genannt und arbeitete in der Abteilung Datenschutz.

Hauptverwaltung A
Abteilung XII/5

Berlin, den 25.10.1984
504/ro

Informationsbedarf Universität des Saarlandes

BSU

000114

I. Allgemeiner Informationsbedarf

- Struktur, Programme sowie personelle Träger der Studentenorganisationen Juso's und MSB (bzw. "Aufstehn" und "Aufrechter Gang")
- Verankerung der Friedensbewegung an der Universität einschließlich ihrer Programme, Initiativen (auch fachbereichsbezogen) sowie Personen aus Studentenschaft und Lehrkörper, die sich dabei besonders engagieren.
Das betrifft insbesondere:
 - die Kampagne "Atomfreier Fachbereich"
 - die Arbeitsgemeinschaft "Friedenswoche"
 - die Bürgerinitiative "Aktiv für den Frieden" mit den dazugehörigen Arbeitskreisen.
- Einflußmechanismen (Gruppen, Initiativen) der Partei "Die Grünen" an der Universität, Verbindungen zu anderen politischen Gruppierungen sowie die personellen Träger in Studentenschaft und Lehrkörper.
- Erarbeitung von Hinweisen hinsichtlich des Wirkens reaktionärer Studentenorganisationen, anderer reaktionärer Organisationen und Dienststellen (Initiativen, Wirkungsrahmen u.ä.).

II. Spezieller Informationsbedarf

- a) Personeneinschätzungen (wissenschaftliches Arbeitsgebiet, Interessen, Entwicklungsmöglichkeiten, Persönlichkeitseigenschaften)
- [REDACTED]
6600 Saarbrücken, [REDACTED]
(Friedensinitiative Saarbrücken)
 - [REDACTED]
6650 Homburg, [REDACTED]
(Friedensinitiative Homburg)
 - [REDACTED]
6600 Saarbrücken-Schwarzenbach, [REDACTED]
(Komitee der Kriegsdienstverweigerer)
 - Mitgliedern des Studentenparlaments:
 - [REDACTED] (GAL) - Phil. Fakultät
 - [REDACTED] (Aufstehn) - Phil. Fakultät
 - [REDACTED] (GAL) - Rechstwi. Fakultät
 - [REDACTED] (Aufstehn) - Phil. Fakultät
 - [REDACTED] (GAL) - Phil. Fakultät
 - [REDACTED] (Aufrechter Gang) - Phil. Fakultät

↑→

Die HV A beauftragte IM „Pfleger“ im Oktober 1984 damit, Informationen über Struktur, Personal und Forschungsprojekte an der Universität des Saarlandes zu beschaffen, 25. Oktober 1984.
BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 114 f. (Auszug)

Die Stasi hoffte, dass „Pfleger“ über ihn sensible Informationen besorgen könnte. Doch „Pfleger“ lehnte das Ansinnen der Stasi, „Muster“ anzuwerben, als aussichtslos ab. Er ging davon aus, dass der Beamte nicht zur Spionage für die DDR bereit sein würde.

Dies war ein weiterer Rückschlag für die Stasi wie auch der weitere Werdegang „Pfleger“: Finanzielle Probleme zwangen ihn weiterhin, sein Studium zu

unterbrechen, dadurch gingen wichtige Kontakte verloren und für die Stasi besaß er keinen Wert mehr. Ein für den Sommer 1989 geplantes Treffen fand nicht mehr statt. Die Überwachung der Universität des Saarlandes mithilfe des IM „Pfleger“ verlief für die Stasi letztlich ergebnislos. Der teilweise enorme Aufwand, den sie betrieb, stand am Ende in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

KSo

BSU
030115 2

- b) Themen und Projektvorhaben der Chinaforschung (Finanzierung durch VW-Konzern) an der Universität, wobei insbesondere die Aktivitäten von Prof. Dr. [REDACTED] sowie namentliche Benennung seines Mitarbeiterstabes von Interesse sind.
- c) Forschungsprojekte, Einschätzungen zum Bearbeiterstab zur Osteuropaforschung der Universität, wobei von besonderem Interesse die Projekte sind, die unter der Leitung von Prof. [REDACTED] des Fachbereiches [REDACTED], erarbeitet werden.

III. Spezieller Informationsbedarf (nur bei zuverlässiger Quelle)

Personeneinschätzungen zu

- [REDACTED], [REDACTED]
wohnhaft: 6650 Homburg, [REDACTED]
Tätigkeit: Prof. a.L. an der Medizinischen Fakultät Homburg, [REDACTED]
bekannt: reaktionär und "DDR-feindlich" eingestellt
Schwerpunkte: wo politisch verankert, evtl. bekanngewordene Verbindungen zu feindlichen Dienststellen
- [REDACTED]
wohnhaft: 6650 Homburg,
Tätigkeit: Akademischer Mitarbeiter, Fachbereich Klinische Medizin, [REDACTED]
Schwerpunkte: wie [REDACTED]
- [REDACTED], [REDACTED]
wohnhaft: 6600 Saarbrücken, [REDACTED]
Tätigkeit: Prof. a.L., Philosophische Fakultät, [REDACTED]
bekannt: reaktionär und antikommunistisch; diskriminiert linke Studenten; steht mit feindlichen Organisationen in Verbindung u.a. Forschungsaufträge für die Polizei; organisiert jährlich Reisen von Studenten zur Leipziger Messe, die hinterher nach nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten ausgewertet werden
Schwerpunkte: alle zu dieser Person zugängliche Informationen

1987 – Zwischen Annäherung und Abgrenzung

Die saarländische Wirtschaft im Visier der Stasi

Bis in die Nachkriegszeit hinein war die saarländische Wirtschaft ein Zentrum des Kohlebergbaus sowie der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Industrien bildeten das wirtschaftliche Rückgrat der Region. Sie waren nicht nur zentrale Arbeitgeber, sondern prägten auch die soziale Struktur und das kulturelle Selbstverständnis der Bevölkerung.

Dieses Bild änderte sich Mitte der 1970er-Jahre grundlegend. Die Weltwirtschaftskrise, die zunehmende Globalisierung und der technologische Fortschritt führten zu einem intensiveren internationalen Wettbewerb. Die traditionellen Schwerindustrien gerieten dadurch zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Viele Berg-, Eisen- und Stahlwerke mussten schließen oder fusionieren, was zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten und tiefgreifenden sozialen Umbrüchen führte.

Die Krise löste einen grundlegenden Strukturwandel aus. Die Autoindustrie gewann an Bedeutung und das Saarland richtete seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt neu aus. Die Region investierte gezielt in den Ausbau des Dienstleistungssektors, in Forschung und Entwicklung sowie moderne Technologien.

Vor diesem Hintergrund versuchten saarländische Politiker in den 1980er-Jahren zusammen mit den angesiedelten Firmen, die wirtschaftliche Lage des Saarlands zu verbessern. Eine Möglichkeit dazu sah man in engeren ökonomischen Beziehungen mit der DDR.



←
Blick auf die Völklinger Hütte
vom Bahnsteig des Bahnhofs
Völklingen
*Landesarchiv des Saarlands,
Fotograf: Hartung*

Der ab 1985 als Ministerpräsident amtierende Oskar Lafontaine (*1943) setzte sich bereits zu seiner Zeit als Saarbrücker Oberbürgermeister (1976–1985) für den Ausbau der ökonomischen Kontakte zur DDR ein. So reiste er 1984 gemeinsam mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer (1929–2000) und saarländischen Firmenvertretern zur Leipziger Frühjahrsmesse.⁶⁷

→ Bereits im Vorfeld der Messe wusste das MfS über inoffizielle Quellen, dass Lafontaine am Eröffnungstag einen „Saar-Abend“ veranstalten und Erich Honecker dazu einladen wollte. Die Stasi hatte sich bereits über die Messeteilnehmenden sowie einreisende Politiker und Politikerinnen informiert und überwachte sie während ihres Aufenthalts.⁶⁸ Zu einem Treffen von Honecker und Lafontaine kam es dann auch tatsächlich. Beide nahmen an einem Gedankenaustausch zwischen DDR-Repräsentanten und saarländischen Politikern am Gemeinschaftsstand der „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar“ (GWS) teil.

An diesem Stand präsentierten sich 1984 erstmals mittelständische Unternehmen von der Saar.⁶⁹ Größere Firmen, wie die Dillinger Hüttenwerke, waren schon vorher auf der Messe vertreten.⁷⁰ Darüber hinaus brachte sich das Saarland auch kulturell ein, indem das Fanfarencorps Völklingen zur Eröffnung der Messe auftrat.⁷¹ Der Einsatz der Saarländer zahlte sich aus. Bereits im folgenden Jahr stiegen die Exporte in die DDR stark an: 1984 lieferte das Saarland Waren im Wert von knapp 51 Millionen Verrechnungseinheiten (VE) – was gleichbedeutend mit DM war – an den ostdeutschen Staat; 1985 betrug der Umfang knapp 135 Millionen VE. Die Steigerung war zu großen Teilen auf Lieferungen von Steinkohle und Koks zurückzuführen, die in der DDR-Industrie benötigt wurden.

Hinzu kamen Exporte in den Bereichen Maschinen- und Anlagebau, Bekleidung, Genussmittel sowie Keramik für die Exquisit-Kaufhäuser und Delikatläden in der DDR.⁷² Diese Läden boten der Bevölkerung der DDR hochwertige Waren zu außerordentlich hohen Preisen an, die im normalen Einzelhandel nicht oder nur selten zu erhalten waren. Bei einem

Teil der Produkte handelte es sich um Re-Importe: So fertigten DDR-Betriebe z. B. Kleidung für saarländische Textilunternehmen an, die dann teilweise wieder an die DDR verkauft wurden.

Über die Besuche der Leipziger Messe hinaus engagierten sich die Vertreterinnen und Vertreter der saarländischen Wirtschaft und Politik auch bei anderen DDR-Reisen für wirtschaftliche Beziehungen. So besuchte 1986 eine Gruppe von 48 saarländischen Geschäftsleuten („Wirtschaftsjunioren“) den Bezirk Leipzig. Höhepunkt des Besuchs war die Besichtigung des Kombinats Chemieanlagenbau Leipzig. Die Stasi überwachte die Reise in der Aktion „Stahl“. Sie erfasste die Stimmung in der Gruppe und registrierte genau, ob Kontakt zu DDR-Bürgerinnen und -Bürgern zustande kam.⁷³

Es gehörte zur Aufgabe des MfS, die Betriebe in der DDR und die sie vertretenden Außenhandelsbetriebe im Ausland zu überwachen. Für die DDR zählte auch die Bundesrepublik zum Ausland. Für die Überwachung zuständig waren die auf den Bereich Wirtschaft spezialisierte HA XVIII und die ihr untergeordneten Abteilungen in den DDR-Bezirken sowie die als Auslandsgeheimdienst agierende Hauptverwaltung Aufklärung. Das MfS kontrollierte das Leitungspersonal der ostdeutschen Unternehmen und verfügte auch über inoffizielle Mitarbeiter in den Betrieben.

Doch warum der Aufwand? Die Stasi fürchtete stets, dass es im Rahmen von geschäftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zum Verrat von Staatsgeheimnissen, zu Korruption und zur Übervorteilung westlicher Unternehmen bzw. Benachteiligung von DDR-Betrieben kommen könnte.⁷⁴ Über die Kontrolle der DDR-Außenhändler hinaus wollte sie aber auch bestmöglich über Entwicklungen in der westdeutschen Wirtschaft informiert sein und betrieb dabei selbst Industriespionage. Aus diesen Gründen gerieten auch saarländische Firmen, ihr Leitungspersonal und andere Angestellte sowie Politiker ins Blickfeld des ostdeutschen Sicherheitsdienstes.



↑
 Aufbau des DDR-Stands auf der Saarland-Messe 1985. In diesem Jahr nahm die DDR erstmals an der Messe teil.
 Landesarchiv des Saarlands,
 Bildnummer: 129-12



↑
 Der Stand wollte nicht nur DDR-Betriebe und ihre Produkte vorstellen, sondern auch die DDR selbst. Auf großflächigen Fotos waren neben berühmten Sehenswürdigkeiten und der einfachen Bevölkerung auch Treffen von Erich Honecker mit Oskar Lafontaine abgebildet. Hier unterhält sich der saarländische Ministerpräsident (4. v. l.) am Eröffnungstag der Messe vor ebendiesen Bildern, in der Mitte der saarländische Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann, 1985.
 Landesarchiv des Saarlands, Bildnummer: 136-39

→ Eine Folge der saarländischen Bemühungen um engere wirtschaftliche Beziehungen zur DDR war die regelmäßige Teilnahme von DDR-Delegationen an der Saarmesse ab 1985. Der DDR ging es bei ihrer Anwesenheit nicht nur um die wirtschaftlichen Beziehungen. Sie maß der Ausstellung vor allem große politische Wirkung bei. Der saarländischen Messeleitung war dies bewusst. Sie betonte selbst, dass es das Ziel sei, „das Geschäft [...] mit dem Gedanken an Völkerverständigung zu verbinden“.⁷⁵ Die Organisatoren und die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar (GWS) nutzten die Anwesenheit der DDR-Vertreter auch, um das Medieninteresse an der Messe und den saarländischen Firmen zu erhöhen. Im Vorfeld hatte das MfS bemerkt, dass die GWS über Presse und Rundfunk einen gewissen Druck auf die DDR aufbauen wollte, saarländische Waren zu importieren.⁷⁶ Letztlich beurteilte das MfS die Messe aber als Erfolg, die Berichterstattung über die DDR sei „ungewöhnlich umfangreich und sachlich“⁷⁷ erfolgt.

Unter den zur Messe anreisenden DDR-Bürgerinnen und -Bürgern befanden sich stets auch mehrere Stasi-Informanten, so 1985 die IM „R. Emrich“, „Rainer Larisch“ und „Berndt“. Sie berichteten vom Ablauf der Messe und den Reaktionen der Besuchenden auf den DDR-Stand und schätzten ein, die meisten – auch westdeutsche Politiker wie der Außenminister Hans-Dietrich Genscher (1927–2016) – zeigten sich wohlwollend. Häufig würde auch gefragt, wann Honecker denn zu Besuch käme.⁷⁸

Vereinzelt gab es aber auch kritische Äußerungen, z. B. dass das größte Bauwerk der DDR – die Mauer – ja gar nicht auf den Fotos am Stand zu sehen sei.⁷⁹ Die DDR-Vertreterinnen und -Vertreter informierten sich auf der Messe über die saarländische Wirtschaft, führten Gespräche mit saarländischen Politikern und suchten nach potenziellen Kunden unter den ansässigen Unternehmen. Ein IM zeigte sich 1985 zuversichtlich, dass man durch die Ausstellung habe zeigen können, dass auch die DDR Spitzenerzeugnisse herstelle.⁸⁰

BSTU
0035

Hauptabteilung XVIII/7

Berlin, 2. Mai 1985
st-kr

Treff: 29. April 1985
IMB: "Berndt"
IMK: "Walter"

entgegenen.: Major Stöckel

B e r i c h t

Einschätzung der Saar-Messe

Die DDR beteiligte sich das 1. Mal in Form eines Gemeinschaftsstandes an der Saar-Messe in Saarbrücken. Zu sagen ist, daß diese Beteiligung dort im Saarland und insbesondere in Saarbrücken eine große, und zwar uneingeschränkte Beachtung, Wertschätzung, und ich muß sagen, auch Begeisterung ausgelöst hat.

Man sprach in allen Kreisen, und zwar angefangen von den Regierungsmitgliedern der Saarländischen Landesregierung bis zu den einfachen Besuchern, die unseren Stand besuchten, mit Hochachtung und mit großer Freude darüber, daß wir uns als DDR an der Saarland-Messe beteiligen. Es gab während der ganzen Messezeit nur lobenswerte und anerkennende Worte, insbesondere zu dem gelungenen Stand, der auch von Außenminister GENSCHER und dem Ministerpräsidenten LAFONTAINE gelobt worden ist.

Es wurden weiterhin sehr lobenswerte und anerkennende Worte gefunden für die ausgestellten Exponate, d. h. für das gesamte Profil dieses Standes und für seine Gestaltung, vor allen Dingen, daß wir in Color-Fotos einen Querschnitt vom Leben der DDR, seinen Einwohnern, seiner Bevölkerung bis zu kulturhistorischen Baudenkmalern gezeigt hatten.

Einen besonderen Anklang fand das Großfoto, auf dem der Staatsratsvorsitzende und Generalsekretär, Erich HONECKER, und der Ministerpräsident LAFONTAINE gemeinsam, an einem Tisch sitzend, dargestellt worden sind. Die Leute, die dort vorbeikamen, und ich konnte das öfteren beobachten und hören, haben stets auch ihren Kindern gegenüber dieses Bild gezeigt oder sie auf das Bild aufmerksam gemacht und sprachen ständig von ihrem Oskar und ihrem Erich. Es wurde von vielen Teilen unserer Besucher, teilweise auch nur solchen Leuten, die aus reiner Neugierde den DDR-Stand besuchten, immer wieder hervorgehoben nach saarländischer Art, wann kommt denn nun der liebe Junge? Es war immer Erich Honecker gemeint gewesen.

Selbst in der offiziellen Veranstaltung im "Parkhotel" wurde vom Messedirektor, Heinz _____, gesagt, auch der Staatsratsvorsitzende sei einer von uns, gemeint war natürlich das Saarland, indem er auch auf einen ursprünglich mal beabsichtigten, jedoch nicht fallengelassenen Besuch hinwies.



Unter den ins Saarland entsandten Messe-Teilnehmenden aus der DDR waren auch IM der Stasi. Der IM „Berndt“ schilderte in einem Gespräch mit seinem Stasi-Führungsoffizier am 29.4.1985 den Verlauf der Messe, die Stimmung und die Reaktionen der saarländischen Bevölkerung und der bundesdeutschen Medien auf den Stand.
BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 11207, Bl. 35 f., hier 35 (Auszug)

Informationen zur saarländischen Wirtschaft und einzelnen Firmen bezog das MfS aus verschiedenen Quellen. Es griff zum einen auf öffentlich zugängliche Angaben zurück, z. B. des Statistischen Bundesamts oder der Presse. Auch Handbücher über westdeutsche Konzerne⁸¹ und Selbstdarstellungen der Betriebe sichtete das MfS. Es galt, den Überblick über Firmenverflechtungen zu behalten, so z. B. im Fall des Dillinger Stahlbaus.⁸²

Die meisten Informationen gewann die Stasi aber mithilfe des Personals der DDR-Betriebe, die Geschäftsbeziehungen zu westdeutschen Firmen unterhielten. Dabei waren für die Stasi solche Personen von besonderem Interesse, die sich aufgrund ihres Berufs wiederholt im „nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ aufhielten. Dies waren zum einen Vertreter der DDR-Außenhandelsbetriebe, welche für die Geschäftsabschlüsse mit dem Ausland verantwortlich waren, zum anderen aber auch Führungskräfte der DDR-Betriebe, Monteure oder Techniker. Darüber hinaus ließ das MfS auch über IM, die in der Bundesrepublik Deutschland lebten, Informationen über die westdeutsche Wirtschaft sammeln.

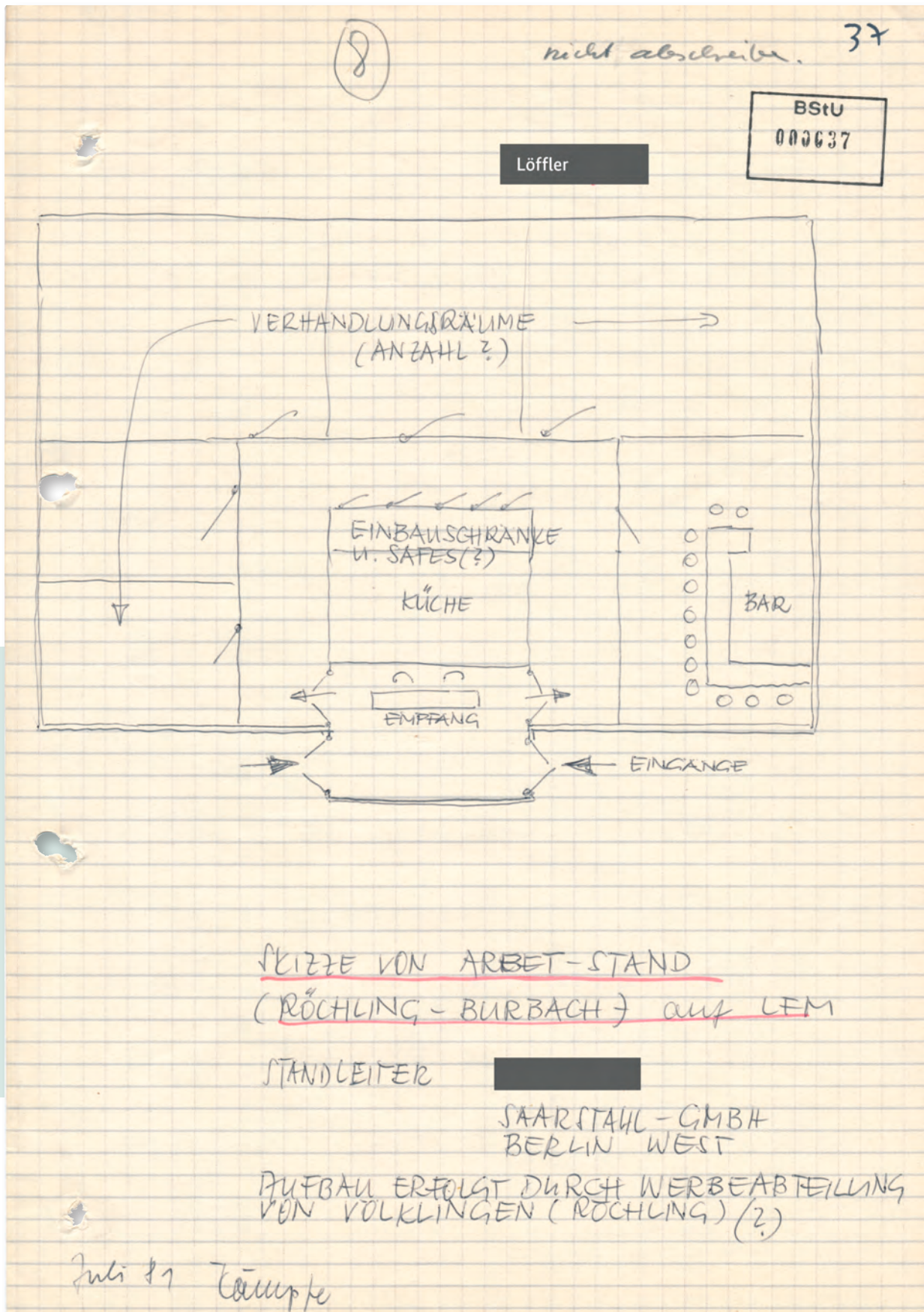
1983 berichtete ein Informant der Stasi, dass eine Führungskraft der Saarbergwerke sehr gut über die ökonomische Lage der DDR im Bilde sei. Der Firmenvertreter verhandele öfter mit Beauftragten der DDR und führe besonders mit einer Frau aus einer Berliner Dienststelle „sehr offene Gespräche“.⁸³ Die Stasi witterte Geheimnisverrat und fahndete fieberhaft nach der undichten Stelle. Um sie zu identifizieren, sammelte das MfS Informationen zum Leitungspersonal der Saarbergwerke und zu dessen Kontakten in die DDR. Letztlich verliefen die Ermittlungen der Stasi erfolglos.⁸⁴

→ Auch saarländische Bürgerinnen und Bürger standen explizit im Zentrum der Stasi-Überwachungen. Das war auch der Fall bei einer Führungskraft des Stahlgussbüros Durand aus Saarbrücken. Walter Löffler,⁸⁵ der für den Warenvertrieb seiner Firma zuständig war, geriet 1977 im Operativen Vorgang „Ring“ ins Blickfeld der Stasi. Sie warf einem seiner DDR-Geschäftspartner Bernd Werth⁸⁶ – einem leitenden Mitarbeiter des Kombinats Pumpen und Verdichter Halle – Geheimnisverrat und Bestechlichkeit vor.⁸⁷

Viele Gespräche zwischen dem Verdächtigen und Löffler verfolgte das MfS über das abgehörte Diensttelefon und das verwante Büro Werths.⁸⁸ Darüber hinaus berichteten IM der Stasi von Dienstreisen ins Saarland, über private Treffen der beiden und Geschenke Löfflers an Werth.⁸⁹ Werth ließ zwar Angebote einer konkurrierenden Westfirma gegenüber dem Saarbrücker durchsickern, aber der daraufhin einsetzende Preiskampf war von der DDR-Seite durchaus gewollt.

Dies zog allerdings Probleme nach sich: Die saarländische Firma Durand konnte nicht alle bestellten Waren fristgerecht in geforderter Qualität liefern. Die dann auftretenden Schwierigkeiten bei der Produktion in Halle waren aber nicht alleine der Saarbrücker Firma anzulasten: Selbst das MfS räumte ein, dass Konstruktionsfehler der Pumpen auf DDR-Seite eine Rolle spielten.⁹⁰ Zudem erwies sich der Verdacht, dass Werth eine geheime Reparatur-Technologie an Löffler verraten habe, als falsch: ein anderer DDR-Betrieb hatte an Durand das Verfahren offiziell übergeben. Obwohl die Stasi feststellte, dass es keine Grundlage für eine Anklage gab, wurde Werth 1980 seiner Funktion enthoben.⁹¹

Im Jahr 1981 rückte Löffler selbst ins Zentrum der operativen Personenkontrolle „Bernhard“. Bereits seit 1970 pflegte er freundschaftliche Kontakte zu einem leitenden Mitarbeiter des brandenburgischen Glaswerks Hosena. Die beiden sahen sich regelmäßig bei den Leipziger Messen. Der saarländische Ingenieur brachte seinem DDR-Bekanntem regelmäßig Sach- und Geldgeschenke mit. Löffler wusste nicht, dass dieser als IM „Kämpfe“ für die Stasi arbeitete.⁹²



↑
Für die Stasi-Ermittlungen fertigte der IM „Kämpfe“ 1981 eine Skizze des Stands des ARBED-Konzerns auf der Leipziger Messe an, an dem der verdächtigte Saarländer Geschäftsmann arbeitete.
BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK, 1033/84, Bl. 37

Die Stasi verdächtigte den Handelsvertreter, den IM korrumpieren und „als Stützpunkt für feindliche Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR“ gewinnen zu wollen.⁹³ Deshalb ergriff das MfS eine Reihe von Maßnahmen. IM „Kämpfe“ sollte seine Beziehung zum Saarländer vertiefen. Der Messestand der Firma wurde ausspioniert.⁹⁴ Die Stasi trug alle möglichen beruflichen und privaten Informationen zu Löffler zusammen, überprüfte seinen Briefverkehr und analysierte seine Einreisen in die DDR.⁹⁵

Aber auch die Theorie, dass Löffler mit Geschenken an den IM Nachsicht bei Problemen bei der Warenlieferung „erkaufen“ wollte, erwies sich als falsch: Die Produkte kamen bis zum Auslaufen des Vertrags Ende 1983 pünktlich und in guter Qualität.⁹⁶ 1984 stellte die Stasi die OPK ein, weil sich ihre Verdächtigungen nicht bestätigt hatten und die Kontakte zum IM abflauten. Die Geschenke an den IM stuft sie nun als das „übliche kapitalistische Wirtschaftsgebaren“ zur Aufrechterhaltung guter persönlicher Kontakte ein.

Reisten IM aus beruflichen Gründen ins Saarland, mussten sie einen Bericht über ihren dortigen Aufenthalt verfassen. Besonders gründlich zeigte sich 1987 der IM „Thomas Anders“, der der Stasi einen genauen Zeitplan über seine Aktivitäten gab: Es gab zahlreiche Besprechungen mit den Saarbrücker Messedirektoren, Repräsentanten der Saarwirtschaft und Politikern. Unter anderem besuchte er Villeroy & Boch in Mettlach, die Bauknecht-Hausgeräte GmbH in Neunkirchen, das Weingut Egon Müller, Schwarzhofberg und die Grube Rieden der Saarbergwerke.⁹⁷

Das MfS wollte genauestens über alle Kontakte zu den ansässigen BRD-Bürgerinnen und -Bürgern informiert werden. Vorgesetzte und IM überwachten daher Arbeiter, die für Projekte – z. B. den Bau eines Krans im Dillinger Hafen – ins Saarland reisten. So fiel 1988 auf, dass ein Monteur nicht in seiner Völklinger Sammelunterkunft („Fenne II“) übernachtet hatte. Er hatte eine Gaststätte besucht und später bei einer dort geschlossenen Bekanntschaft übernachtet. Nach seiner Rückkehr musste er ausführlich Bericht erstatten und durfte fortan nicht mehr für seinen Betrieb in die Bundesrepublik reisen.⁹⁸

Das MfS ließ sich auch über die von den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern bezogenen Unterkünfte informieren. Ein beim Kombinat TAKRAF (Tagebau-Ausrüstungen, Krane und Förderanlagen) angestellter Baustellenleiter berichtete 1989 detailliert über ein Hotel in Saarlouis. Dort waren DDR-Monteur für Arbeiten im Dillinger Hafen untergebracht. Der IM „Heine“ schoss auch Fotos, welche die Aussicht aus dem Hotel auf die Saaraue dokumentierten.⁹⁹ Darüber hinaus berichtete der TAKRAF-Mitarbeiter auch von Problemen auf der Baustelle am Saarahafen.¹⁰⁰

Eher technischer Natur waren die Berichte der IM „Udo“, „Hans Winter“ und „Peter“ über ihre Aufenthalte. Sie prüften Waren saarländischer Industriebetriebe, die in die DDR exportiert werden sollten. Neben dem beruflichen Austausch berichteten sie aber auch über private Gespräche und die Stimmung in den Firmen, die sie z. B. in der Mittagspause aufschnappten. IM „Peter“ beschrieb z. B. Diskussionen über die Wirtschaftsentwicklung und mögliche Streiks in der Dillinger Hütte. Darüber hinaus brachte er eine Ausgabe der Werkzeitschrift „Us Hütt“ mit, weil er dort auf eine „interessante technische Neuerung“¹⁰¹ gestoßen war, die er weitergeben wollte.¹⁰²

BV für Staatssicherheit Leipzig
Kreisdienststelle Leipzig-Stadt

Leipzig, den 16.01.89 BSU
Ref. ~~XXX/1AW~~ Tri
000254

Begl.-Liste
Lfd. Nr.
Vorg.-Nr. ~~.....~~ Einschätzung der Quelle A
Ref Au J dringend KK - West erfassen

hlo

Hotelübernachtung für DDR-Monteure

Dez. 1988/Jan. 1989 6630 Saarluis-
DDR-Bürger Hotel
(alte Anschrift:)
RP-DDR
40 Tage ohne Anmeldung
operativ geeignet

Anmeldevorgang

Durch den IM erfolgte im August 1988 eine Vorinformation im Hotel zur Unterbringung von 20 DDR-Monteuren. Vom Reisenden wurden nur die Namen in eine Belegungsliste eingetragen. Die Anmeldung erfolgt bei der Hotelinhaberin, Frau Gerber. Weitere Personenangaben werden nicht verlangt. Begründung: Datenschutz

Kontrolle, Überprüfungen, Fahndungen

Kontrollen der Namensangaben anhand des Reisepasses werden nicht vorgenommen. Das Hotel wird vorwiegend durch Stammgäste und Fernfahrer genutzt. Kontrollen und Überprüfungen durch die Polizei wurden bisher nicht festgestellt.

Hinweise zum Hotel

Inhaberin: Gerber, Heide -
bewohnt das Hotel-Zi. Nr. 1, Tel. 06 831 / 80010
Fam.-Stand: geschieden (etwa 2 Jahre)

nk West

Der ehemalige Ehepartner beabsichtigte das Hotel zur Striptease-Bar umzugestalten, was an die "renze des Finanzruins führte. Das Hotel hatte die G. geerbt und mittels Krediten und dem Verkauf des Grundstückes Gerberstr. 51 zum 3-Etagen-Hotel ausgebaut und saniert. Im Erdgeschoß befinden sich das Restaurant (ab 17 Uhr geöffnet) und eine Bierbar. Für die Unterhaltung des Hotel- und Gaststättenbetriebes sind neben der Inhaberin weitere 4 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Das Hotel ist über o.g. Anschrift und durch das Restaurant begehbar. Es ist stets geschlossen. Dauer-/Stammgäste (darunter die Monteure) erhalten Haustürschlüssel, andere Gäste erlangen über Klingeln Einlaß. Zum Hotel gehören 2 Garagen. Das Objekt ist nicht umfriedet.

Die Erfassung mit dem Hinweis "Kontakt Heide"
den führen

Schwarz/Hptm.
Herrn Major

Information der KD Leipzig-Stadt über Hotelübernachtungen von Monteuren in Saarlouis, 16.1.1989
BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 845/92, Bd. 3, Bl. 254



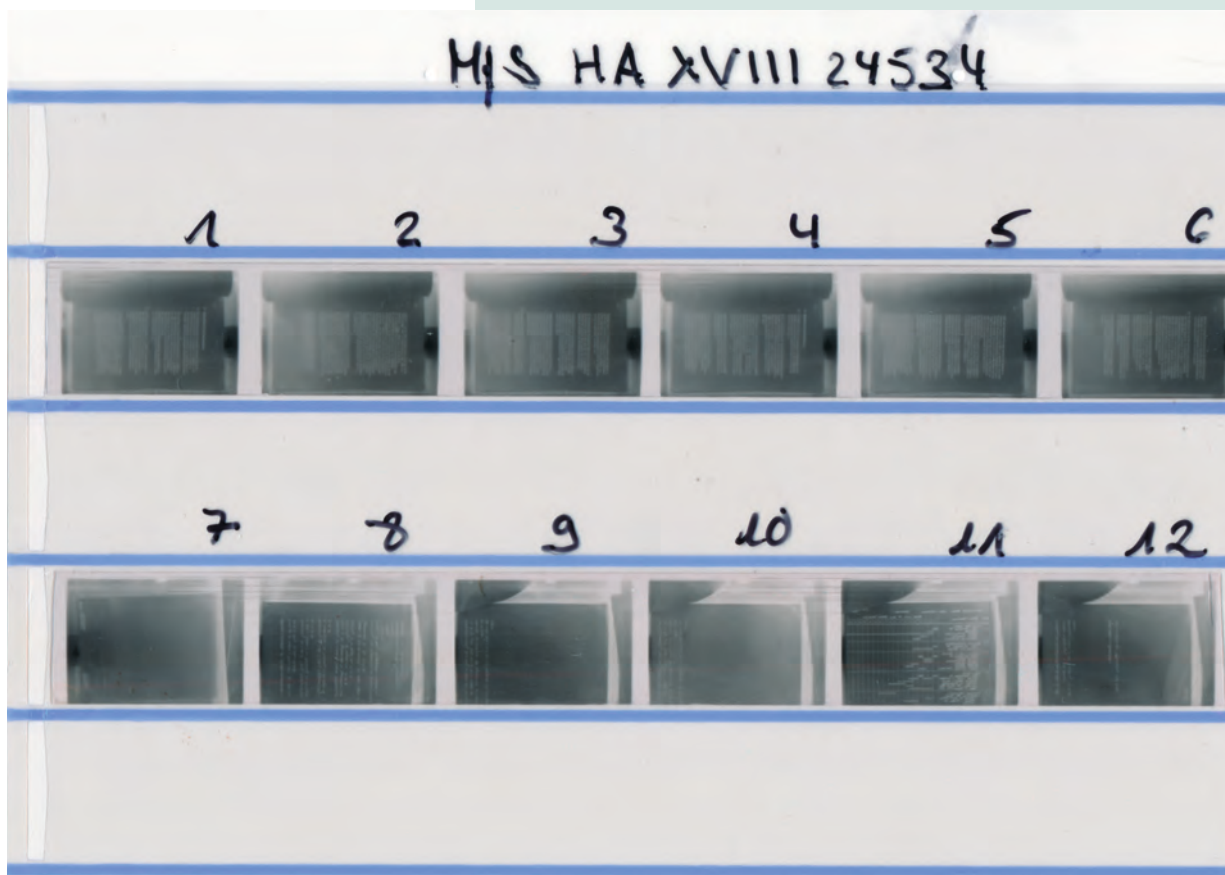
↑
Teile einer Fotoserie der für den Bereich Wirtschaft zuständigen HA XVIII, Mitte der 1980er-Jahre. Das Auto hat ein Saarlouiser Kennzeichen. Wahrscheinlich fertigte ein IM die Bilder im Rahmen einer illegalen Bürodurchsuchung im Saarland an. *BArch, MfS, HA XVIII, Fo, Nr. 1109, Bild 1, 11, 13*

Über solche öffentlich zugänglichen Informationen reichte die Wirtschaftsspionage der Stasi aber hinaus. Dazu griff das MfS zu verschiedenen Methoden, z. B. fotografierten Stasi-Mitarbeiter heimlich die Arbeitsunterlagen von Geschäftsreisenden bei Grenzkontrollen. So erging es einem Ingenieur der Saarberg-Hölter Umwelttechnik GmbH, der von Prag nach Berlin-Schönefeld flog, um weiter nach West-Berlin zu reisen. Bei den 71 angefertigten Negativen handelte es sich um Firmenbilanzen und -pläne, Notizen über Kundengespräche, Bewerbungsunterlagen und Aufzeichnungen über technische Probleme.¹⁰³

Das MfS hörte teilweise auch den Funkverkehr innerhalb der Bundesrepublik ab. Es interessierte sich dabei im wirtschaftlichen Bereich für Firmen-Interna, insbesondere neue Technologien. Von dieser Art der Industriespionage war auch die bereits erwähnte Firma Saarberg-Hölter betroffen. So hörte die Funkaufklärung des MfS ein Gespräch zwischen deren Geschäftsinhaber, der zugleich Vorstandsmitglied der Saarbergwerke war, und seiner Sekretärin ab. In dem über ein Autotelefon geführten Gespräch ging es um die Patentanmeldung zu einem neuartigen Rauchgas-Reinigungsverfahren, wobei auch zahlreiche technische Details genannt wurden.¹⁰⁴



Ein Teil der Negative der von der Stasi abfotografierten Geschäftsunterlagen der Firma Saarberg-Hölter. Insgesamt handelte es sich um 71 Seiten.
BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 24534, beigefügte Negative





Eine Werkzeitschrift der Dillinger Hütte von 1986 findet sich im Stasi-Unterlagen-Archiv. Bereits 1984 hatte allerdings der IM „Peter“ eine andere Ausgabe wegen ihres technisch-interessanten Inhalts von einer Dienstreise mitgebracht.

BArch, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 2558, Bl. 1

Über inoffizielle Hinweise erfuhr die Stasi auch, dass die Firma für die Erprobung des neuen Verfahrens Zuschüsse beim Bundesumweltamt beantragt hatte. Die zustimmende Antwort konnte sie dank ihrer Quelle im genauen Wortlaut festhalten.¹⁰⁵

Die Stasi wurde schnell hellhörig, wenn sie selbst den Eindruck hatte, dass saarländische Geschäftspartner Informationen über die Wirtschaft der DDR sammelten – also der Verdacht der Wirtschaftsspionage seitens der Bundesrepublik aufkam. Aus diesem Grund geriet z. B. ein Geschäftsführer der Saarberg-Interplan in den Blick der Stasi. Sein Interesse für technische Verfahren von DDR-Betrieben machte das MfS misstrauisch.¹⁰⁶ Es fertigte daher eine umfassende „Kontrahentenaufklärung“¹⁰⁷ über Ludwig Meier an.¹⁰⁸

Diese beinhaltete nicht nur Angaben über geschäftliche Verbindungen, sondern wesentlich mehr: Informationen über den beruflichen Werdegang, politische Einstellungen, familiäre Verhältnisse, materielle Lage (Wohngrundstück, Aktien, Auto, Urlaube), Hobbys und über charakterliche Eigenschaften. Mit Industriespionage hatte das Verhalten Meiers allerdings nichts zu tun. Er strebte Kooperationen von Saarberg mit mehreren DDR-Betrieben an, u. a. mit dem Kombinat Braunkohlekraftwerke. In einem Brief an dessen Generaldirektor lobte Meier den „freie[n], vertrauensvolle[n] Austausch unter Fachleuten“.¹⁰⁹ Ein Protokoll von im Saarland geführten Verhandlungen zählte mehrere im beiderseitigen Interesse liegende Projekte im Bereich des Kraftwerksbaus auf: Die Betriebe wollten die eigenen Technologien exportieren und bestehende Verfahren gemeinsam weiterentwickeln, z. B. die Rauchgasentschwefelung.¹¹⁰

SSc

Anhang

AUTORINNENVERZEICHNIS

KSo

Konstanze Soch

Dr., Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und Historikerin, Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs

SSc

Stephanie Schlesier

Dr., Jg. 1978; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ARBED Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange

BKA Bundeskriminalamt

BRD Bundesrepublik Deutschland

BV Bezirksverwaltung

CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands

DDR Deutsche Demokratische Republik

DKP Deutsche Kommunistische Arbeiterpartei

GWS Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar

HA Hauptabteilung

HVA Hauptverwaltung Aufklärung

IGfM Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

IM inoffizieller Mitarbeiter

KD MfS-Kreisdienststelle

MfAA Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

MfS Ministerium für Staatssicherheit

NPD Nationaldemokratische Partei Deutschland

OPK Operative Personenkontrolle

OV Operativer Vorgang

SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

TAKRAF Tagebau-Ausrüstungen, Krane und Förderanlagen

USA United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

VE Verrechnungseinheiten

ZK Zentrale Koordinierungsgruppe (MfS)

Das Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv hat 15 Standorte, davon befinden sich zwei in Berlin. Weitere Standorte befinden sich in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In der ehemaligen Bezirksstadt Cottbus gibt es eine

Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet:

www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

www.einblick-ins-geheime.de

www.stasi-mediathek.de



KONTAKTDATEN

Stand: September 2025

KONTAKTDATEN BERLIN

STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV

Frankfurter Allee 204
10365 Berlin-Lichtenberg
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 18665-0
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo–Do 08:00–16:00
Fr 08:00–14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
Tel.: 030 18665-7000

Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien

Tel.: 030 18665-9051/-9061

Abteilung Vermittlung und Forschung

Tel.: 030 18665-6701

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/bibliothek
Tel.: 030 18665-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 18665-6731
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 18665-7181
presse@bundesarchiv.de

STASI-ZENTRALE. CAMPUS FÜR DEMOKRATIE

Ruschestraße 103
10365 Berlin
Öffnungszeiten Ausstellungen/Besucherzentrum:
Mo–Fr 10:00–18:00
Sa, So, Feiertag 11:00–18:00

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
„Haus 7“
Tel.: 030 18665-6699
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
www.einblick-ins-geheime.de

Stasimuseum Ausstellung

„Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
„Haus 1“
Tel.: 030 5536854
info@stasimuseum.de
www.stasimuseum.de

Besucherzentrum

„Haus 22“
Tel.: 030 18665-6999

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

täglich rund um die Uhr zugänglich

Bildungsteam

„Haus 1“
Tel.: 030 18665-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/bildungsarbeit

Campusentwicklung und Veranstaltungen

Tel.: 030 18665-7196
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

KONTAKTDATEN BRANDENBURG

Standort Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 030 18665-2400
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus (im Aufbau)

Bautzener Straße 140
03050 Cottbus
Tel.: 030 18665-2400
cottbus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

KONTAKTDATEN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Standort Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 030 18665-1600
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck Dummerstorf
Tel.: 030 18665-1200
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 030 18665-1400
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

KONTAKTDATEN SACHSEN-ANHALT

Standort Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle
Tel.: 030 18665-2711
halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg
Tel.: 030 18665-2200
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

KONTAKTDATEN SACHSEN

Standort Chemnitz

Bruno-Salzer-Straße 5
09120 Chemnitz
Tel.: 030 18665-3700
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 030 18665-3699
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 030 18665-3333
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

KONTAKTDATEN THÜRINGEN

Standort Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 030 18665-4700
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl
Tel.: 030 18665-4511
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Haus 3
Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera
Tel.: 030 18665-4222
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de



DOKUMENTENHEFTE

EINBLICKE IN DAS STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV

Stand: September 2025

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983
88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv
80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen
112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer
80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis
110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock,
Schwerin, Neubrandenburg
78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden,
Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen
132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodelt es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen
Revolution in Sachsen
106 S., Berlin 2014



Udo Lindenberg während des Konzerts 1983
im Palast der Republik

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen
im Herbst '89
132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der
DDR Geheimpolizei
160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi
82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann
1976 aus der DDR
112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi
111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung
77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen
128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag
119 S., Berlin 2018

... und dafür gab es Gefängnis ...

Ein Fall aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv
in Chemnitz
103 S., Berlin 2024

DIE DOKUMENTENHEFTE SIND KOSTENLOS BEIM STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV ERHÄLTlich.

Herausgeber

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Frankfurter Allee 204
10365 Berlin

Postanschrift:
10106 Berlin

Bestellung

www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/publikationen
Telefon: 030 18665-7777 (nur Auskünfte, keine Bestellungen)
Fax: 030 18665-6709
publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
Bei Bestellung von mehr als einer Publikation erheben wir eine
pauschale Auslage in Höhe von 1,60 € für Verpackung und Be-
förderung.

ANMERKUNGEN

KAPITEL „FREUNDSCHAFT UNTER KONTROLLE?“

- 1 Knitter, Constanze: Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR (1959–1990), Berlin 2023, S. 323.
- 2 Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 239.
- 3 Rennebarth, Enrico: Kommunale „innerdeutsche Außenpolitik“ und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR am Beispiel der Städtepartnerschaften Braunschweig – Magdeburg, Berlin 2017, S. 216.
- 4 Freie Hansestadt Bremen (Hg.): Im Blick: deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. Der Beitrag der Kommunen im Einheitsprozess, Bremen 2010, S. 21.
- 5 Rennebarth, Enrico: Kommunale „innerdeutsche Außenpolitik“ und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR am Beispiel der Städtepartnerschaften Braunschweig – Magdeburg, Braunschweig 2017, S. 214.
- 6 „Kontaktpersonen“ arbeiteten, ähnlich wie IM, mit der Stasi inoffiziell zusammen. Im Unterschied zu den IM existierte jedoch keine formelle Erfassung bzw. Verpflichtungserklärung als IM.
- 7 Bericht über die Reise des EKO-Ensembles nach Saarlouis, 8.6.1987; BArch, MfS, BV Frankfurt (Oder), AU, Nr. 1612/87, Bd. 1, Bl. 26–33; Information des IM „Ch. Fechter“, 8.6. 1987; ebd., Bl. 34 f.
- 8 Saarlouis – Eisenhüttenstadt (1986); Neunkirchen – Lübben (1986); Saarbrücken – Cottbus (1987); Dillingen – Hoyerswerda (1988); Homburg – Ilmenau (1989).
- 9 Zitiert nach: Sachstandsbericht zum OV „Partner“, Reg. Nr. VI 104/87, 10.2.1988; BArch, MfS, HA XX, Nr. 865, Bd. 1, Bl. 145.
- 10 Namen geändert.
- 11 Information über einige beachtenswerte Informationen im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft Lübben/Cottbus – Neunkirchen/Saarland, 3.8.1988; BArch, MfS, HA XX, Nr. 865, Bl. 24–27.

KAPITEL „1987 – ERICH HONECKERS BESUCH IM SAARLAND“

- 12 Wilke, Manfred: Der Honecker-Besuch in Bonn 1987. In: Deutschland Archiv; www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/139631/der-honecker-besuch-in-bonn-1987 (letzter Aufruf 10.6.2025).
- 13 Gedruckter Ablaufplan der Reise von Erich Honecker in die BRD, Sept. 1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 102; Ablaufplan des MfAA, 10.8.1987; ebd., Bl. 174–210.
- 14 Befehl Nr. 12/87 von Erich Mielke, 10.8.1987; BArch, MfS, BdL, Dok, Nr. 8747, Bl. 1–18.
- 15 Maßnahmeplan der Abt. XXII/1 zur Schutz- und Sicherungsaktion „Dialog 87“, 18.8.1987; BArch, HA XXII, Nr. 721, Bd. 1, Bl. 13–29, hier 15.
- 16 Kopie des Artikels „Mit deutscher Gründlichkeit wird jeder Schritt Honeckers festgelegt“. In: Berliner Morgenpost, 6.8.1987; BArch, MfS, ZOS, Nr. 2582, Bl. 314.
- 17 Übersicht über Meldungen westlicher Medien zu Reaktionen und Vorkommnissen zum BRD-Besuch Erich Honeckers, 10.9.1987; BArch, HA I, Nr. 37, Bl. 93–97, hier 94; Brunner, Detlef: „Eine große Herzlichkeit?“ Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981. In: Deutschland Archiv, 44 (2011) 4, S. 508–517.
- 18 Schwerpunkte des Besuchsprogramms, ohne Datum [1987]; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 97–102, hier 102.
- 19 Programm für den DDR-Aufenthalt Oskar Lafontaines, 1982; Information der HA II, 27.12.1983; Plan der Maßnahmen zur Sicherung des Lafontaine-Besuchs, 1985; Präzisierung des Besuchs Oskar Lafontaines, 11.3.1987; alle Dokumente BArch, MfS, ZOS, Nr. 1827, Bl. 19 f., 45, 63–68, 235 f.
- 20 Honeckers Partnerwahl. Interview des Deutschlandfunks mit Oskar Lafontaine und Martin Sabrow, 30.8.2012; www.deutschlandfunkkultur.de/honeckers-partnerwahl-100.html (letzter Aufruf 7.4.2025).
- 21 Oskar und die Pioniere. In: Cicero. Magazin für politische Kultur, ohne Datum; www.cicero.de/innenpolitik/oskar-und-die-pioniere/39434 (letzter Aufruf 7.4.2025).
- 22 Tagesbericht der HV A zum Verlauf des Besuchs Erich Honeckers in der BRD, 11.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bl. 248–264.
- 23 Saarländische Staatskanzlei an Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, 1.7.1987, 19.11.1987; BArch, MfS, ZKG, Nr. 16048, Bl. 49–55, hier 49 und 56–60, hier 56.
- 24 Aktenvermerk der ZKG, ohne Datum [1987], ebd., Bl. 71–73.
- 25 Tagesbericht der HV A zum Verlauf des Besuchs Erich Honeckers in der BRD, Abt. VII, 11.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 2, Bl. 248–264.

- 26 Info von Neiber an Mielke über bisher erarbeitete Pläne, Absichten, etc. feindlicher Gruppen, 11.8.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bl. 360–365.
- 27 Info des ZOS, 1.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 2, Bl. 142 und Vermerk der ZKG, ohne Datum [1987], Leiter BV Halle an Neiber, 1.9.1987; BArch, MfS, ZKG, Nr. 16351, Bl. 137 f.
- 28 Überprüfung zu der in der Lageeinschätzung der HV A vom 2.9.1987 genannten Person; BArch, MfS, ZKG, Nr. 16351, Bl. 135 f.
- 29 Info der HA XXII über Pläne, Absichten, etc. feindlicher Gruppen, 26.8.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 346–353.
- 30 Drohbrief an Honecker, 20.12.1981; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 16623, Bl. 435.
- 31 Bericht des IM „Barbara“, 20.4.1982; ebd., Bl. 149–151 und Skizze; ebd. Bl. 148; Fotos 144/1–8 und 144/21–25.
- 32 Eröffnungsbericht OV „Saar“, 4.6.1986; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 1426, Bl. 50–54.
- 33 Sachstandsbericht OV „Saar“, 22.1.1987; ebd., Bl. 43–46.
- 34 Ebd.
- 35 Abschlussbericht OV „Saar“, 10.8.1988; ebd., Bl. 33–35 und Vermerk zum AOV „Saar“, 28.8.1989; ebd., Bl. 24 f. und Briefe v. 11.7.1989 u. 18.10.1989; ebd., Bl. 20–23.
- 36 Brief, 18.10.1989; ebd. Bl., 22 f., hier 22.
- 37 Stellung des MfS zu einigen Aspekten des offiziellen Besuchs, ohne Datum; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 97–102, hier 101.
- 38 Info der HA XXII an Neiber über bisher erarbeitete Pläne, Absichten, etc. feindlicher Gruppen, 26.8.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 346–353.
- 39 Sicherheitspolitische Lageeinschätzung der HVA, 2.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 312–314, hier 314.
- 40 Sicherheitspolitische Lageeinschätzung der HV A, 7.9.1987; ebd., Bl. 265–272; Sicherheitspolitische Lageeinschätzung der HV A, 2.9.1987; ebd., Bl. 312–314; Sicherheitspolitische Lageeinschätzung der HV A, 1.9.1987; ebd., Bl. 315–317; Kopie eines Artikels des Tagesspiegels v. 22.8.1987; BArch, MfS, ZOS, Nr. 2581, Bl. 347; Bericht der Berliner Morgenpost, 6.9.1987; ebd., Bl. 413 f.
- 41 Angaben der ZAIG zu erfolgten feindlichen Handlungen in der BRD und West-Berlin in Zusammenhang mit dem Besuch des Generalsekretärs, September 1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 64–75.
- 42 Aufruf zur Veranstaltung in Wiebelskirchen, 1987; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 994, Bl. 99.
- 43 Info der BV Cottbus, 3.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 2, Bl. 117–119.
- 44 Tagesbericht der HV A zum Verlauf des offiziellen Besuchs Erich Honeckers in der BRD, Abt. VII, 10.9.1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 238–244, hier 241.
- 45 Sicherheitspolitische Lageeinschätzung der HV A, 4.9.1987, ebd., Bl. 299–306; Info der ZAIG, ohne Datum [1987]; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 2, Bl. 233; Übersicht über geplante Feindaktivitäten, ohne Datum [1987]; ebd., Bl. 6–63, hier Bl. 43.
- 46 Eckert, Hans: Septemberbesuch, Saarbrücken 1987.
- 47 Angaben der ZAIG zu erfolgten feindlichen Handlungen in der BRD und Westberlin in Zusammenhang mit dem Besuch des Generalsekretärs, September 1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 64–75, hier 73.
- 48 Jürgen Leinemann: „Wer sich von den Gefühlen fortreißen lässt“, 13.9.1987. In: Der Spiegel Nr. 38, 1987; www.spiegel.de/politik/wer-sich-von-gefuehlen-fortreissen-laesst-a-e6cc015f-0002-0001-0000-000013524210 (letzter Aufruf 7.4.2025); Beitrag des Saarländischen Rundfunks zum Besuch Erich Honeckers im Saarland, 10.9.1987; www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=43636 (letzter Aufruf 7.4.2025).
- 49 Angaben der ZAIG zu erfolgten feindlichen Handlungen in der BRD und Westberlin in Zusammenhang mit dem Besuch des Generalsekretärs, September 1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 64–75, hier 73; Übersicht über Meldungen westlicher Medien zum Besuch Honeckers, 11.9.1987; BArch, MfS, HA VII, Nr. 3017, Bl. 82–85.
- 50 Meldung der Agence France-Press (AFP), 11.9.1987; BArch, ZOS, Nr. 2582, Bl. 333–335; Erklärung von Regierungssprecher Ost zu Honeckers Rede, 11.9.1987; ebd., Bl. 336; Kopie des Artikels „Meistens tote Hose“ des Magazins Stern, 17.9.1987; BArch, MfS, ZOS, Nr. 2581, Bl. 479 f., hier 480.
- 51 ZOS über Sendung des Heute-Journals am 10.9.1987; BArch, MfS, ZOS, Nr. 2581, Bl. 546.
- 52 Angaben der ZAIG zu erfolgten feindlichen Handlungen in der BRD und Westberlin in Zusammenhang mit dem Besuch des Generalsekretärs, September 1987; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 64–75, hier 73.
- 53 Wahl, Torsten: Die zweite Karriere von Honeckers Hoffotograf; Frankfurter Rundschau, 3.2.2019; www.fr.de/kultur/zweite-karriere-honeckers-hoffotograf-11691781.html (letzter Aufruf 7.4.2025); Seifert, Sabine: Historisches Fingerspitzengefühl. Engelbert Reineke fotografierte von 1966 bis 2000 alle Bundeskanzler. Wie aus dem richtigen Moment und etwas Intimität Geschichte wird; Die Tageszeitung, 29.8.2021; www.taz.de/Fotograf-des-Bundespresseamtes/!5791682/ (letzter Aufruf: 7.4.2025)
- 54 Zu einigen Aspekten des offiziellen Besuchs, ohne Datum [September 1987]; BArch, MfS, ZAIG 11482, Bd. 1, Bl. 88–93.

KAPITEL „DIE ÜBERWACHUNG DER UNIVERSITÄT DES SAARLANDES“

- 55 Kittel, Sabine: Jenseits von Zahlen. Überlegungen zur Staatssicherheit der DDR an Westuniversitäten. In: Deutschland Archiv; www.bpb.de/187440 (letzter Aufruf 28.2.2025).
- 56 Knabe, Hubertus: Unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999; Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin 2008, S. 358 f.
- 57 Name geändert.
- 58 Messeinsatzgruppe: Meldung Nr. 207. Einreise von wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Leipziger Frühjahrsmesse 1983; BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 28.
- 59 Ebd.
- 60 Erkenntnisse zur Organisierung feindlicher Kontakttätigkeiten in die DDR durch das Institut für Innerdeutsche Beziehungen der Universität Saarbrücken anlässlich der Leipziger Messen, Mai 1983; BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 26 f.
- 61 Name geändert.
- 62 Zusammenfassender Treffbericht über Treffs mit „Pfleger“ vom 2.–5.6.1983; BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1978/91, Bd. 2, Bl. 32 f.
- 63 Treffbericht IM „Pfleger“ in Leipzig, 30.8.1983, ebd., Bl. 45 f.
- 64 Ebd.
- 65 Informationsbedarf Universität des Saarlandes, 25. Oktober 1984, ebd., Bl. 114 f.
- 66 Ihr Informationsbedarf vom 25.10.1984 – Universität des Saarlands, 25.3.1985, ebd. Bl. 147.

KAPITEL „1987 – ZWISCHEN ANNÄHERUNG UND ABGRENZUNG“

- 67 Info über Einreise Lafontaines anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig, 27.12.1983; BArch, MfS, HA VI, Nr. 2265, Bl. 165.
- 68 Beobachtungsbericht „Franzose“ der BV Leipzig über den Besuch Oskar Lafontaines während der Leipziger Frühjahrsmesse; BArch, MfS, HA VI, Nr. 2265, Bl. 67–72.
- 69 Vorhaben zur Leipziger Frühjahrsmesse 1984; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 4380, Bl. 1–5; Information über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit der BRD bzw. dem Saarland [ca. 1986]; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 21352, Bl. 41–63.
- 70 Mitteilung des GM Thomas, 16.9.1965; BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. Wismut, Nr. 134, Bl. 11.
- 71 Operativinformation der BV Leipzig, 31.1.1984; BArch, MfS, HA XX, Nr. 1199, Bl. 3–5; „Aussichtslose Sache. CDU-Politiker suchen in der DDR nach Partnerstädten“. In: Der Spiegel Nr. 17, 1984.
- 72 Information über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit der BRD bzw. dem Saarland [ca. 1986]; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 21352, Bl. 41–63.
- 73 Abschlussbericht zu Maßnahmen anlässlich Besuch saarl. Wirtschaftsunioren, Aktion „Stahl“, 13.5.1986; BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, Nr. 1961, Bl. 57–60; Information der HA VI über beabsichtigten Aufenthalt, Aktion „Stahl“, 29.4.1986; BArch, MfS, BV Dresden, Nr. 6295, Bl. 1 f.
- 74 Schiefer, Mark; Schlesier, Stephanie: Stasi in der Volkswirtschaft – der lange Weg zum Viertakt-Motor in Eisenach. In: Boeger, Peter; Catrain, Elise (Hg.): Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, Berlin 2018, S. 97–100.
- 75 Abwehrhinweis der HV A, 15.5.1985; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 11207, Bl. 26–29.
- 76 Abwehrhinweis der HV A, 28.1.1985; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 4380, Bl. 6 f.
- 77 Abwehrhinweis der HV A, 15.5.1985; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 11207, Bl. 27; siehe auch Hinweise an Erich Honecker für ein Gespräch mit Oskar Lafontaine; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 37403, Bl. 1–14, hier 12 f.; Zeitungsartikel „BRD-Persönlichkeiten besuchten DDR-Ausstellung in Saarbrücken“. In: Neues Deutschland, 15.4.1985.
- 78 Bericht des IMB „Berndt“; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 11207, Bl. 35 f.
- 79 Bericht über den Besuch der Messe in Saarbrücken, 1985; ebd., Bl. 23 f.
- 80 Bericht des IME „R. Emrich“, 13.6.1985; BArch, MfS, Nr. 11207, Bl. 40–42.
- 81 Von Hoppenstedt Verlag (Hg.): Konzerne in Schaubildern, Darmstadt 1987, S. 26 f., 31; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 35859, Bl. 31.
- 82 Selbstauskunft der Dillinger Stahlbau GmbH; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 35859, Bl. 15 f.
- 83 Informationsbericht der Abt. XV der BV Cottbus; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 36982, Bl. 5.
- 84 Sachstandsbericht zur Sicherheitsüberprüfung, 31.7.1985; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 36982, Bl. 309–315.

- 85 Name geändert.
- 86 Name geändert.
- 87 Eröffnungsbericht des OV „Ring“, 9.8.1976; BArch, MfS, BV Halle, AOP 536/80, Bl. 10–30.
- 88 Lageeinschätzung der KD Halle, 1.10.1978; ebd. Bl. 43.
- 89 Sachstandsbericht OV „Ring“, 21.3.1979; Bd. 2, Bl. 102–117, hier 108 f.
- 90 Ebd., hier 114.
- 91 Strafrechtliche Einschätzung der BV Halle, 20.6.1979; ebd., Bl. 131–142, hier 139 f. und Abschlussbericht zum OV „Ring“, 26.6.1979; ebd., Bl. 192–194.
- 92 Aussprachebericht mit IMB „Kämpfe“, 15.8.1981; BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK 1033/84, Bl. 11–13; Information der BV Cottbus, Abt. XVIII über die Löffler, 8.4.1980; ebd., Bl. 28–30.
- 93 Eröffnung der OPK „Bernhard“, 13.3.1981; ebd., Bl. 3–5.
- 94 Skizze des Messestands von IMB „Kämpfe“ [ca. Juli 1981]; ebd., Bl. 37.
- 95 Bericht des IMB „Kämpfe“ über Treffen bei Leipziger Herbstmesse, 24.11.1981; ebd., Bl. 38.
- 96 Information zum Komplex Löffler, 6.4.1983; ebd., Bl. 46–48.
- 97 Bemerkungen des IMB „Rolf Anders“ zu einer Dienstreise, 28.5.1987 und Bericht über die durchgeführte Dienstreise, 27.5.1987; BArch, HA XVIII, Nr. 376, Bl. 14–16 und 17–22.
- 98 Selbstbericht, 23.6.1988; BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald, ZMA, Nr. 5581, Bl. 99–105; Anforderung eines Sofortberichts der KD Greifswald an HA XVIII, 29.11.1988; ebd., Bl. 111; Textteil zum Sofortbericht; BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald, ebd., Bl. 109.
- 99 Information über Hotelübernachtung, 16.1.1989; BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 845/92, Bd. 3, Bl. 254; Foto; ebd., Bl. 260.
- 100 Operativinformation, 13.3.1989; ebd., Bl. 288.
- 101 Bericht des IMS „Peter“, 19.4.1984; BArch, MfS, HA XIX, Nr. 3179, Bl. 11–14, hier 13.
- 102 Werkzeitschrift der Dillinger Hütte, 1986; BArch, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 2558, Bl. 1.
- 103 Info der HA XVIII über Unterlagen der Saarberg-Hölter Umwelttechnik GmbH, 1989; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 24534, Bl. 1.
- 104 Information der HA III über Gespräch vom Inhaber der Firma Hölter, 23.7.1976; BArch, MfS, HA III, Nr. 8529, Bl. 142–148, hier 142.
- 105 Information der HA III, 1977; ebd., Bl. 128 f.
- 106 Informationsbedarf der HA XVIII, 12.11.1987; BArch, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 4215, Bl. 3 f.
- 107 Informationsergänzungsbogen der BV Halle, 23.11.1987; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 25053, Bl. 39–45, hier 39.
- 108 Name geändert.
- 109 Kopie des Briefs von Weber an den Generaldirektor des VEB Kombinat Braunkohlenkraftwerke, 1987; BArch, MfS, BV Cottbus, Abt. XVIII, Nr. 643, Bl. 45–47, hier 45.
- 110 Protokoll zwischen dem Kombinat Braunkohlenkraftwerke Vetschau, dem ORGREB Institut für Kraftwerkstechnik und der Saarberg-Interplan, 11.2.1988, ebd., Bl. 51–67.

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Frankfurter Allee 204
10365 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
Telefon: 030 18665-0
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Referat VF 4: Quellenkundliche Forschung; Wissenschaftliche Forschungsprojekte;
Service und Publikationen
Projektgruppe: Dokumentation

Bildnachweise

Titelfoto: Stasi-Bildbericht über die Ankunft einer Delegation des SED-Zentralkomitees unter Vorsitz des Sekretärs des ZK der SED Egon Krenz (*1937) am Saarbrücker Schloss. Die Fahrt entlang der Protokollstrecke wurde von der Stasi aus einem der Begleitfahrzeuge heraus fotografiert, 7. Juni 1989. BArch, MfS, HA PS, Fo, Nr. 336, Bild 30

S. 2/3 Icon Dokument: www.flaticon.com/de/kostenloses-icon/docs_281743?related_id=281743&origin=style

S. 2/3 Icon Foto: https://www.flaticon.com/de/kostenloses-icon/bild_94733?term=foto&page=3&position=36&origin=style&related_id=94733

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe der Verfasserinnen und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet. In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

© Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv 2025, Druckrate 11/25



Stasi-Mediathek

Ausgewählte Geschichten aus dem Dokumentenheft online

www.stasi-mediathek.de



Weitere Geschichten und Dokumente
über die Stasi finden Sie unter:
www.bundesarchiv.de/socialmedia